

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND UND DIE INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSKRISE

- | | | |
|--|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| Die wunderbare Schwierigkeit des Prognostizierens | | 2 |
| Von Pekka Sutela, Helsinki | | |
| ■ STATISTIK | | |
| Die aktuelle Wirtschaftsentwicklung | | 7 |
| <hr/> | | |
| ■ ANALYSE | | |
| Das »Konjunkturpaket« der russischen Regierung | | 12 |
| Von Yuri Simachev, Boris Kuznetsov und Andrei Yakovlev, Moskau | | |
| ■ STATISTIK | | |
| Zunahme des staatlichen Haushaltsdefizits im Rahmen der Krisenbekämpfung
und erwartetes Haushaltsdefizit für 2009 | | 14 |
| <hr/> | | |
| ■ ANALYSE | | |
| Die russischen Oligarchen in der Wirtschaftskrise | | 15 |
| Von Stephen Fortescue, Melbourne | | |
| ■ STATISTIK | | |
| Die wirtschaftliche Entwicklung der russischen Metallunternehmen | | 19 |
| ■ DOKUMENTATION | | |
| Übersicht über die Unternehmensbeteiligungen russischer Oligarchen | | 20 |
| <hr/> | | |
| ■ CHRONIK | | |
| Vom 23. April bis zum 7. Mai 2009 | | 23 |



Analyse

Die wunderbare Schwierigkeit des Prognostizierens

Von Pekka Sutela, Helsinki

Zusammenfassung

Die globale Wirtschaftskrise beeinflusst Russland, wie viele andere Länder auch, über drei Kanäle. Erstens schränkt der Preissturz bei wichtigen Exportprodukten, vor allem bei Öl, die Einnahmen der Wirtschaft spürbar ein. Die Kapitalbeschaffung auf internationalen Märkten wird dadurch erschwert. Die schwache internationale Nachfrage verringert das Exportvolumen im Falle Russlands jedoch nicht besonders kräftig. Zweitens verringert sich im Zuge des stark abgeschwächten Rubels und der nachlassenden Nachfrage das Importvolumen. Drittens flaut der Zuwachs des Binnenkonsums ab und Investitionen gehen damit zurück. Schätzungen zufolge wird das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr sinken. Die Prognosen zur russischen Wirtschaftsentwicklung scheinen sich zurzeit in zwei Gruppen zu teilen. Ursächlich hierfür sind verschiedene Ansichten über die Weltwirtschaft, aber auch über die inländische Konjunkturpolitik. In jedem Falle kann man mit einer langsamen Erholung der russischen Wirtschaft erst im Zeitraum von 2010 bis 2011 gemeinsam mit der übrigen Welt rechnen.

Einleitung

Die aktuelle russische Wirtschaftskrise unterscheidet sich grundsätzlich von der russischen Finanzkrise im Jahre 1998. Letztere war größtenteils selbstverschuldet und die Wirtschaftsprobleme Asiens spielten damals noch eine kleinere Rolle. Die Krise von 1998 war vor allem finanzpolitischer Natur, denn die russischen Steuereinnahmen waren zwar im internationalen Vergleich relativ hoch, aber die öffentlichen Ausgaben wurden nicht einmal annähernd auf das Niveau der Staatseinnahmen reduziert. Eine Finanzierung des staatlichen Haushaltsdefizits durch bloßes Gelddrucken, wie es in der ersten Hälfte der 1990er Jahren üblich gewesen war, war aufgrund der Erfahrungen der Hyperinflation in Russland politisch nicht mehr tragbar. Als Alternative bot sich die Finanzierung des staatlichen Haushaltsdefizits durch Schuldenaufnahme an. Die öffentliche Schuld wuchs rasant und war weitgehend in ausländischer Währung angelegt. Als die Unsicherheit über die Zahlungsfähigkeit des russischen Staates stieg, war der Zusammenbruch der Wirtschaft leicht vorherzusagen und unvermeidbar.

Erst die nach der Krise von 1998 gebildete Regierung Primakovs baute im internationalen Vergleich mit ungewöhnlich harter Hand öffentliche Ausgaben ab. Das Streben nach niedrigerer Inflation und einem vorhersagbaren Wechselkurs ist seitdem erklärtes Ziel russischer Politik, das insbesondere auch die russische Wirtschaftspolitik nach der gegenwärtigen Krise prägen wird.

Wirtschaftspolitik

Diese Ausrichtung der Wirtschaftspolitik erklärt sich wiederum aus zwei grundlegenden Zielen der Regierung

von Ministerpräsident Wladimir Putin. Das eine Ziel ist Souveränität, das selbständige Beschlussrecht Russlands – zumindest in dem Maße wie es auch die Großmächte der Welt für sich beanspruchen. Ein Grundsatz der Souveränität lautet, dass das Land nicht von internationalen Kapitalgebern – Finanzinstitutionen wie dem IWF oder globalisierten Finanzmärkten – abhängig sein darf. Russland beschloss deshalb, seine in diesem Jahrzehnt enorm gestiegenen Exporteinnahmen erstens zur Tilgung der öffentlichen Auslandsschulden und zweitens zur Aufstockung der eigenen Reservefonds einzusetzen. In der russischen Öffentlichkeit bestand die Hoffnung, dass diese Mittel z. B. in die Infrastruktur, die Verbesserung der Gesundheitsfürsorge, in Rentenerhöhungen und andere soziale Bereiche investiert würden, denen ein dringender Bedarf an zusätzlichen Ressourcen attestiert wurde.

Diese finanzkonservative Linie war umstritten und ist es noch. Ministerpräsident Wladimir Putin und Finanzminister Alexej Kudrin sind aber der Meinung, dass sich der gewählte Weg jetzt bereits bewährt habe. Hätte man z. B. allein in den Straßenbau investiert, wäre das Land heute voll mit nicht fertig gebauten Straßen, ein Großteil der Gelder wäre verschwunden und es gäbe keine »Kriegskasse« zur Linderung der heutigen Krise.

Das zweite zentrale Ziel der Regierung Putin ist wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Stabilität, was gleichzeitig eine niedrigere Inflationsrate und einen stabilen nominalen Wechselkurs bedeutet. Dies erklärt, warum Ministerpräsident Putin im November 2008 beschloss, den nominalen Rubelkurs an das Niveau der geschrumpften Exporteinnahmen schrittweise – und nicht durch eine einmalige Abwertung –

anzupassen. Diese Entscheidung wurde sehr teuer, da damit die Abschwächung des Rubels im letzten Quartal des Vorjahres abgebremst wurde. Wenn man die ersten Monate des Jahres 2009 betrachtet, scheint diese Politik doch unerwartet gut zu fruchten. Es hat anscheinend kein Bedarf bestanden, ins Marktgeschehen direkt einzugreifen, um den Rubel zusätzlich zu stabilisieren.

Es ist wahrscheinlich, dass diese Linie des Nicht-Eingreifens auch nach der gegenwärtigen Krise beibehalten wird. Russland wird auf den vor der Krise eingeschlagenen Pfad zurückkommen und die Aufstockung der Reservefonds wieder aufnehmen. Dies wird abermals Diskussionen hervorrufen, und die Verteilung der knappen werdenden Staatsmittel wird ein Thema sein, über das offene politische Interessenkonflikte nach Russland zurückkommen werden. Man darf fragen: Wenn schon in guten Zeiten keine Mittel für die Milderung sozialer Probleme und infrastruktureller Defizite vorhanden waren, wird es dann in der Zeit nach der Krise möglich sein diese Probleme zu lösen, wenn das Wachstum eher langsamer sein wird als bisher? Wenn Straßen bisher nicht gebaut worden sind, wann sollen sie dann gebaut werden? Die Krise mag kurzfristig den Finanzkonservatismus rechtfertigen, der Preis aber ist eine weitere Verschärfung langfristig wirkender, tiefer Probleme.

Kurzfristig betrachtet liegt der Grundfehler jedoch anderswo. Die russischen Entscheidungsträger, sowie die vieler anderer Länder auch, glaubten nach dem ersten großen Schreck, dass die derzeitige Krise mit der des Jahres 1998 identisch wäre: tief, heftig aber kurz, d. h. dem sogenannten V-Modell folgend. In den letzten Monaten ist den Verantwortlichen bewusst geworden, dass das U-Modell oder sogar das L-Modell, das eine jahrelange Rezession beschreibt, eintreten könnte.

Die russische Wirtschaftspolitik für das Jahr 2009 wurde im letzten Herbst auf der Basis der Überzeugung formuliert, dass in der zweiten Jahreshälfte eine Wende zum Besseren einsetzen würde. Daher erschien es sinnvoll, die insbesondere im letzten Jahr angewachsenen Reservefonds großzügig zu verwenden, um die wenigen Krisenmonate zu überbrücken, bevor sich neues Wachstum einstellen würde. Aus diesem Grund wurde die schrittweise Abwertung des Rubels beschlossen, deswegen wurden fast jedem Bittsteller Stützungsmaßnahmen aller Art versprochen. Die russische Konjunkturpolitik und die damit verbundenen Schwierigkeiten sind denen anderer Länder gar nicht unähnlich.

Als aber der Anfang des Jahres 2009 herannahte, bemerkte man, dass die gegenwärtige Krise wohl länger andauern könnte und deshalb nicht alle Ressourcen im Laufe dieses Jahres ausgeschöpft werden sollten. Diese

Neubewertung der Situation ist derzeit noch im Gange. Russland steht hier vor denselben Problemen wie andere Länder auch: Wie müsste die Belebung der Wirtschaft zeitlich geplant werden, und was ist zu tun, wenn die üblichen Konjunkturmaßnahmen nicht wirken.

Die erste Reaktion der russischen Entscheidungsträger – gleich der einiger anderer Länder – war zu leugnen, dass ihr Land von der amerikanischen Immobilienkrise betroffen war. Der nächste Schritt war, die Verursacher der Krise auszumachen und zu beschuldigen. Gleichzeitig, und überstürzt, wurden eigene Programme zur Linderung der Krise zusammengestellt. In einer nun eingetretenen dritten Phase scheint man die Abhängigkeit von der Weltwirtschaft als Faktum anzuerkennen und stellt sich die Frage, wie man die Strukturen der globalen Wirtschaft ändern könne. Der Hang zu Protektionismus ist in Russland gleich stark wie anderswo. Trotzdem geben die im Grunde oberflächlichen und dem internationalen Mainstream entsprechenden Äußerungen Präsident Dmitrij Medwedews auf der letzten G20-Versammlung Anlass zur Hoffnung, dass Russland eine konstruktive und realistische Rolle im internationalen Dialog anstrebt.

Wie lässt sich die russische Wirtschaft prognostizieren?

Die Vorhersage der Wirtschaftsentwicklung Russlands, und der meisten anderen Länder, erfolgt in drei Phasen. Erstens wird eine Vorstellung vom sogenannten Potenzialwachstum der Wirtschaft entwickelt, das durch sich langsam verändernde Variablen wie Bevölkerung, Arbeitskraft, Sparquote, technisches Niveau, Strukturwandel usw. bestimmt wird. Die meisten Prognose-Institute scheinen davon auszugehen, dass die Potenzialwachstumsrate Russlands vor der Krise bei 4 bis 5 % lag, es sind aber auch höhere Zahlen vorgelegt worden. In der zweiten Phase werden die kurzfristigen, für die jeweilige Wirtschaft kennzeichnenden Faktoren berücksichtigt, die eine Abweichung vom Potenzialwachstum verursachen. Im Falle Russlands ist der zentrale Faktor hier eindeutig der Ölpreis. Abschließend, und hier bewegt man sich auf unsicherem Terrain, versucht man, die Konsequenzen der zu erwartenden Wirtschaftspolitik mit einzubeziehen. Derzeit geht es dabei selbstverständlich vorrangig um die Wirksamkeit der staatlichen Konjunkturpakete.

Die Prognosen zur diesjährigen russischen Wirtschaft teilen sich interessanterweise in zwei Gruppen. Zur ersten Gruppe gehören z. B. die Prognosen des russischen Wirtschaftsministeriums und der finnischen Nationalbank (Bank of Finland), an der der Autor dieses Textes arbeitet. Diese Gruppe prognostiziert eine

Abnahme der russischen Wirtschaft in diesem Jahr um etwa 2 % (siehe Tabelle 1). In der zweiten Gruppe befinden sich die Weltbank und die OECD, die mit einem Wirtschaftsrückgang von ungefähr 5 % rechnen. Diese Unterschiede erklären sich durch zwei Faktoren: einerseits durch die Erwartungen in Bezug auf die Entwicklung der Weltwirtschaft – und somit des Ölpreises – und andererseits durch Erwartungen hinsichtlich der Auswirkungen der russischen Wirtschaftspolitik. Die folgende Analyse basiert auf der im Februar verfassten Russland-Prognose der finnischen Nationalbank. Sie scheint der allgemein üblichen Auffassung in Moskauer Expertenkreisen zu Beginn des Jahres 2009 zu ähneln. Später allerdings sind die Prognosen pessimistischer geworden. So hat das russische Wirtschaftsministerium Ende April seine Prognose grundlegend revidiert und rechnet jetzt mit einem Wirtschaftsrückgang von 6 oder sogar mehr als 7 %.

Tabelle 1: Prognose der finnischen Nationalbank für Russland

	2008	2009*	2010*	2011*
BIP	+ 5,6 %	- 2,0 %	+ 1,0 %	+ 3,0 %
Importe	+ 17,7 %	-13,0 %	+ 2,0 %	+ 7,0 %

* = Prognose

Quelle: BOFIT-Prognose (März 2009), http://www.bofi.fi/bofit_en/seuranta/ennuste/index.htm?year=2009

Binnennachfrage

Die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise begannen sich in der russischen Realwirtschaft erst Ende 2008 immer stärker bemerkbar zu machen. Anfang des Jahres 2008 schien sich das Wachstum der russischen Wirtschaft zu beschleunigen. Die Anzeichen einer Überhitzung waren deutlich zu erkennen und eine Verlangsamung des Wachstums wurde als unvermeidbar angesehen. Für das ganze Jahr betrug der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) noch 5,6 %.

Dementsprechend kam der wirtschaftliche Stillstand zum Herbst unerwartet. Schon im Dezember 2008 lag die russische Wirtschaftsproduktion auf einem niedrigeren Niveau als ein Jahr zuvor, und eine vorläufige Einschätzung für das erste Quartal dieses Jahres geht von einer Produktionsabnahme von 7 % aus. Die Wachstumsrate ist somit innerhalb eines Jahres um 15 Prozentpunkte gefallen! In dieser Hinsicht hat die Krise Russland außergewöhnlich hart getroffen.

Damit ist keine Vorhersage für das laufende Jahr getroffen. Wie in anderen Ländern auch, erfolgte beim

Ausbruch der Krise eine Anpassung der Produktion an den Vorratsbestand. Die Unternehmen schraubten ihre Produktion schnell zurück, um die angehäuften Warenvorräte verkaufen zu können. Die Statistiken der nächsten Monate werden auf Wachstum hinweisen, weil man je nach Nachfrage wieder zu produzieren beginnt. Anders als behauptet werden wird, bedeutet dies jedoch keine nachhaltige Wiederaufnahme des Wachstums. Für dieses Jahr sagt die finnische Nationalbank einen Rückgang von 2 % beim russischen BIP vorher. Unterstützt von einer vorsichtigen Belebung der Weltwirtschaft und eines (von uns prognostizierten) moderaten Anstiegs des Ölpreises, wird die Produktion im Jahre 2010 schätzungsweise einen Zuwachs von 1 % aufweisen und sich im Jahre 2011 auf 3 % Wachstum beschleunigen. Es ist zu bedenken, dass wir, vorausgesetzt der Weltmarktpreis für Öl liegt gegen Ende des Jahres bei 60 US-Dollar, auch in Zukunft in einer Welt von teurer Energie leben. Die Energiepreise werden ungefähr auf dem Niveau von 2007 bleiben.

Das russische Wirtschaftswachstum ist vor allem von der Konsumzunahme, d. h. der steigenden Nachfrage der russischen Bevölkerung, getragen worden. Dieser Motor ist ins Stottern gekommen, da die Löhne und Gehälter vielerorts sinken und Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit drastisch zunehmen. Die Arbeitslosenquote könnte bald auf 10 bis 15 % ansteigen. Die Anpassung der Arbeitsmärkte wird aber in erster Linie durch Einschnitte bei den Einkommen erfolgen, weniger durch Entlassungen. Die Beschäftigten werden deshalb zwar große Konsumvorhaben und -ausgaben verschieben, aber nicht unbedingt aufgeben. Die russischen Haushalte sind im Durchschnitt wenig schuldenbelastet, was zur Konsumbelebung beiträgt. Der Verbrauch wird dieses Jahr etwas schrumpfen und dann vorsichtig wachsen. Es gibt aber kein sofortiges Zurück zum Konsumrausch der einkommensstarken Bevölkerungsschichten wie in den letzten Jahren, weil die Krise zur Vorsicht geraten hat.

Verglichen mit dem Rekordniveau des Vorjahres, verringerten sich die Investitionen Anfang dieses Jahres um etwa 15 % infolge höherer Finanzierungskosten, Schwierigkeiten beim Zugang zu Krediten und der Abnahme von Unternehmensgewinnen. Besonders betroffen war die Bautätigkeit, der überhitzte Wachstumsmotor der letzten Jahre. Die Zahlungsunfähigkeit vieler Bauunternehmen und Bauherren kann zur Quelle großer Probleme für Bankbilanzen werden. Die nachlassende Nachfrage und Schwierigkeiten bei der Finanzierung haben Unternehmen dazu veranlasst, ihre Produktion einzuschränken und Abstriche bei ihren Investiti-

onsplänen zu machen. Es ist ebenfalls vorgesehen, die Investitionen des öffentlichen Sektors zu drosseln, um Staatsausgaben zu kürzen. Folglich verringern sich die Investitionen dieses Jahr beträchtlich und werden nur allmählich wieder wachsen.

Außenhandel

Der Volumenzuwachs bei russischen Ausfuhren verlangsamte sich im Jahre 2008 auf beinahe Null. Nach tragem Zuwachs in den vergangenen Jahren ging die Rohölproduktion im letzten Jahr leicht zurück und die Rohölexporte fielen sogar um 6 %. Angesichts der hohen Rohstoffpreise Anfang des Jahres konnten die russischen Exporte für das ganze Jahr wieder einen hohen Geldwert erbringen, aber in den letzten Monaten hat dieser Wert im Zuge fallender Weltmarktpreise für Rohstoffe erheblich abgenommen. In den nächsten Jahren wird die Entwicklung der russischen Ausfuhren weitgehend durch die Nachfrage der Weltmärkte bestimmt sein. Das Exportvolumen wird somit in diesem Jahr leicht sinken, sich danach aber schrittweise erholen. Zu den großen Fragen gehört, um wie viel die Gasexporte in die EU-Region zurückgehen werden.

Das Importvolumen stieg im letzten Jahr noch einmal kräftig an – um beinahe 18 % –, obgleich der Zuwachs gegen Ende des Jahres schon deutlich nachließ. Die abnehmende Nachfrage und der schwächere Rubel beschränken jetzt die Importe. Die russischen Importe bestehen meistens aus Gebrauchsgegenständen und Investitionsgütern, auf deren Anschaffung bei fallenden Einkommen verzichtet wird. Darüber hinaus verbessert der schwächere Rubel durch eine Verteuerung der Importe die Konkurrenzfähigkeit inländischer Produzenten, weil ein Teil der Importwaren durch billigere Binnenprodukte ersetzt wird. Erwartungsgemäß werden die russischen Einfuhren in diesem Jahr merklich abnehmen, aber im Zusammenhang mit der Erholung der Nachfrage in den nächsten Jahren werden auch die Importe wieder eine moderate Steigerung verzeichnen. Anders als nach dem Jahr 1998, besteht kein Anlass zu der Annahme, dass die Rubelschwäche zu einem rapiden Zuwachs bei der Binnenproduktion führen wird. Nach vielen Wachstumsjahren befindet sich die Kapazitätsauslastung bereits auf einem hohen Niveau, anders als 1998.

Währungsentwicklung

Wegen der extrem hohen Rohstoffpreise im Jahre 2008 konnte der russische Leistungsbilanzüberschuss im Vorjahresverlauf noch Spitzenwerte verzeichnen, die aber gegen Jahresende nicht mehr erreicht werden konnten.

Im letzten Quartal verringerte sich der Überschuss auf 8 Milliarden US-Dollar, d. h. auf das Niveau der Jahre 2002–2003. Da der Preis des Ural-Öls Schätzungen zufolge in den nächsten Jahren auf ungefähr dem heutigen Niveau bleiben wird, werden die russischen Exporteinnahmen in Zukunft deutlich geringer ausfallen als in den letzten Jahren. Aber auch die Importe scheinen sich ziemlich schnell an den schwächeren Rubel angepasst zu haben. Dementsprechend ist die Zeit der Überschüsse zwar vorbei, aber es ist auch nicht damit zu rechnen, dass ein größeres Leistungsbilanzdefizit für Russland zum Problem wird. Der erwartete Ölpreis von 60 US-Dollar erweist sich für Russland nicht als Katastrophe. Im Jahre 2007 lag der Ölpreis bei gut 70 US-Dollar, im letzten Jahr im Durchschnitt bei etwas weniger als 100 US-Dollar.

Die geschrumpften Exporteinnahmen lassen sich in der gegenwärtigen Situation auch nicht durch Kapitalströme kompensieren. Im letzten Quartal des Jahres 2008 flossen rekordverdächtige 130 Milliarden US-Dollar aus Russland ab. Zu diesem Kapitalabfluss haben ein allgemeines Misstrauen gegenüber den russischen Märkten, die Tilgung der Auslandsschulden sowie der Umtausch von Rubel in ausländische Währung durch russische Unternehmen und die Bevölkerung beigetragen. Die Devisenreserven haben vom Spitzenwert des letzten Jahres – ungefähr 600 Milliarden US-Dollar – etwa ein Drittel an Wert eingebüßt und im April betrug der Wert der Devisenreserven weniger als 400 Milliarden US-Dollar. Von diesen Reserven machen Ölfonds 220 Milliarden US-Dollar aus. Es ist zu bedenken, dass eine Verringerung der Devisenreserven nicht mit einer »Kapitalflucht« gleichzustellen ist. Ein Teil dieses Rückgangs erklärt sich durch Wechselkursänderungen, ein gewisser Teil der Gelder wurde zur Tilgung der Auslandsschulden verwendet und ein Großteil der restlichen Reserven wurde für Devisenübertragungen aus der Staatskasse in private russische Hände verwendet.

Der Rubel geriet schon Anfang Herbst 2008 unter Abwärtsdruck, als der Ölpreis kräftige Einbußen erfuhr, und im November begann die Zentralbank die Schwankungsbreite des Rubels gegenüber dem zu 0,55 % aus US-Dollar und zu 0,45 % aus Euro bestehenden Währungskorb schrittweise auszudehnen. Die Erwartung einer Rubelabschwächung veranlasste die Wirtschaftsakteure, ihre auf Rubel lautenden Mittel in andere Währungen umzutauschen. Darüber hinaus stagnierten die Kreditmärkte, und ein Teil der für den Bankensektor bestimmten öffentlichen Stützungsgelder wurden wahrscheinlich zum Ankauf von Devisen eingesetzt, was den Abwärtsdruck auf den Rubel noch stei-

gen ließ. Ende Januar gab die Zentralbank bekannt, dass die Schwankungsgrenze gegenüber dem Währungskorb zunächst auf 41 Rubel gesetzt würde, was einen um ein Viertel schwächeren Rubelwert bedeutet als zu Beginn der schrittweisen Abwertung. Der Rubelkurs ist seitdem innerhalb dieser Grenze geblieben, offensichtlich ohne besondere Maßnahmen seitens der Zentralbank.

Die Zentralbank hat auch die Liquidität, die sie dem Bankensektor bereitgestellt hat, verringert. Im Bereich der Wirtschaft ist weniger Geld im Umlauf, die (weit gefasste) Rubel-Geldmenge ist gesunken. Außerdem sind die zentralen Leitzinsen heraufgesetzt worden, um den Druck bei Kapitalabflüssen und die bei 14 % verharrende Inflation zu dämpfen. Im Februar und März scheint der Abwärtsdruck beim Rubel nachgelassen zu haben. Wenn sich die Inflation auf hohem Niveau hält, fällt es der Zentralbank jedoch schwer, die Zinsen zur Ankurbelung der Wirtschaft zu senken, was aber auch weiterhin das Ziel ist.

Angesichts der Struktur der Ausfuhren, deren Schwerpunkt auf Energieprodukten liegt, verbessert die Abschwächung des Rubels die Konkurrenzfähigkeit russischer Unternehmen auf den Exportmärkten nicht sonderlich. Unternehmen, die Energieprodukte ausführen, profitieren aber auch von relativ niedrigen Kosten in Rubel. Darüber hinaus kann die inländische Industrie aus der Importsubstitution einen gewissen Vorteil ziehen. Die Rubelschwäche steigert jedoch den Inflationsdruck und untergräbt die Kaufkraft der Haushalte. Überdies ziehen die Kosten für den Schuldendienst bei Auslandskrediten an, was sich für einige Unternehmen als sehr problematisch erweisen kann. Anfang Oktober hatte Russland hauptsächlich im Unternehmenssektor konzentrierte Auslandsschulden im Wert von 540 Milliarden US-Dollar auszuweisen, deren Tilgungs- und Zinsausgaben für dieses Jahr auf wenigstens 140 Milliarden US-Dollar veranschlagt werden. Die Schuldenmenge ist im internationalen Vergleich nicht groß. Das Problem liegt jedoch darin, dass diese Schulden schnell gestiegen sind und dass der Großteil davon kurzfristig fällig wird und auf nur eine kleine Zahl von Unternehmen und Banken entfällt.

Haushaltsdefizit

Auch in Russland hat der Staat mit Stützungen eingegriffen, um insbesondere die Lage des Finanzsektors zu stabilisieren. Laut Finanzministerium wurde der Finanzsektor im letzten Jahr mit 1500 Milliarden Rubel (entspricht 4 % des BIP) unterstützt. Pläne für neue Stützungsmaßnahmen sowohl für den Bankensektor als auch für die Realwirtschaft sind reichlich vorhanden, es

liegen aber vorläufig keine genaueren Informationen zur Größenordnung und zum Zeitplan der Maßnahmen vor. Zweck der Stützungsmaßnahmen für den Bankensektor ist es, die ins Stocken geratene Kreditvergabe wieder zu beleben, die Ergebnisse bleiben aber noch abzuwarten. Die Effizienz der Maßnahmen könnte sich verbessern, wenn sich der Rubelkurs stabilisiert. Es ist vorgesehen, Unternehmen im Realwirtschaftsbereich u. a. mit Hilfe von Steuersenkungen, Staatsaufträgen und -garantien sowie handelspolitischen Maßnahmen zu unterstützen. Diese Maßnahmen werden sich auf die Wirtschaft aber mit zeitlicher Verzögerung auswirken. Außerdem sind Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor sowie Renten und Arbeitslosenhilfen zur Förderung des Konsums und des Lebensniveaus erhöht worden.

Die Stützungsmaßnahmen werden weitgehend aus dem staatlichen Haushalt finanziert. Infolge des Rückgangs der Staatseinnahmen, bedingt durch den wesentlich niedrigeren Ölpreis, ist das Defizit des föderalen Haushalts in diesem Jahr auf 8 % des BIP geschätzt worden. Das Defizit soll aus den Ölfonds und durch Kreditaufnahmen finanziert werden. Würde das Defizit vollständig durch Mittel aus Ölfonds gedeckt, würde sich der Wert der Fonds bis zum Jahresende beinahe halbieren. Die Fonds sollen aber auch noch für Finanzierungsbedürfnisse späterer Jahre ausreichen. Russland dürfte also an die Anleihemärkte zurückkehren.

Resümee

Die Aussichten der russischen Wirtschaft hängen weitgehend – aufgrund des Ölpreises und über die Finanzmärkte – von der Entwicklung der Weltwirtschaft ab, was die Prognoseunsicherheit erhöht. Zieht sich der Abschwung der Weltwirtschaft lange hin, bei gleichzeitigem weiteren Fall des Ölpreises, so verschlechtert sich die Lage Russlands ebenfalls. Ein niedrigerer Ölpreis würde wieder zu Abwärtsdruck auf den Rubel führen und damit die Instabilität in der Wirtschaft erhöhen. Eine im Zuge eines schwächeren Rubels, einer höheren Inflation und schrumpfender Einnahmen nachlassende Kaufkraft könnte auch Unruhe in der Bevölkerung auslösen. Ferner könnte das Austrocknen inländischer Finanzmärkte die Wirtschaftsaussichten noch weiter eintrüben, falls es trotz Stützungsmaßnahmen nicht gelingt, den Geldfluss auf den Märkten anzuregen. Ausländische Kapitalzuflüsse nach Russland sind nicht zu erwarten, bevor sich die internationalen Finanzmärkte nicht erholen und die Risikobereitschaft der Investoren wiederhergestellt ist. Als Folge eines Zusammenwirkens all dieser Risikofaktoren könnte die russische Wirtschaftsentwicklung in den nächsten Jah-

ren beträchtlich schwächer ausfallen als prognostiziert. Andererseits könnte eine raschere Belebung der Weltwirtschaft und ein Anstieg des Ölpreises zu einer güns-

tigeren als der derzeit prognostizierten Entwicklung der russischen Wirtschaft beitragen.

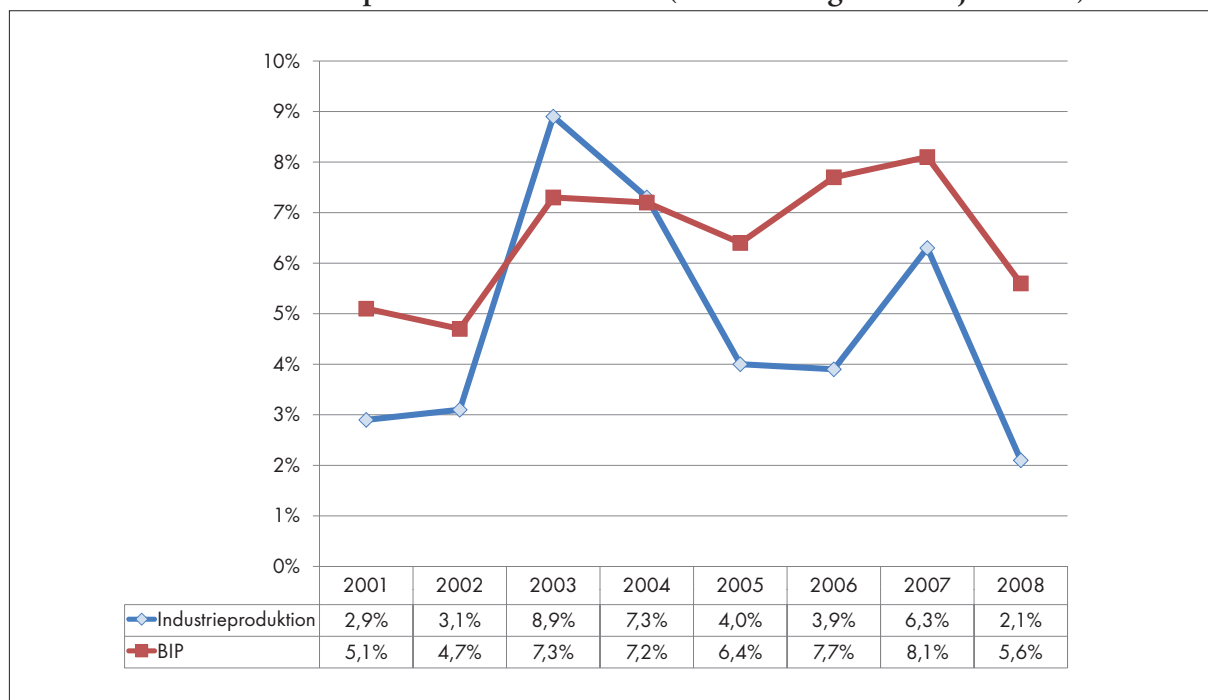
Über den Autor

Dr. Pekka Sutela leitet das Forschungsinstitut der Bank von Finnland für Transformationsländer (Bank of Finland Institute for Economics in Transition – BOFIT) und arbeitet als Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftshochschule Helsinki.

Statistik

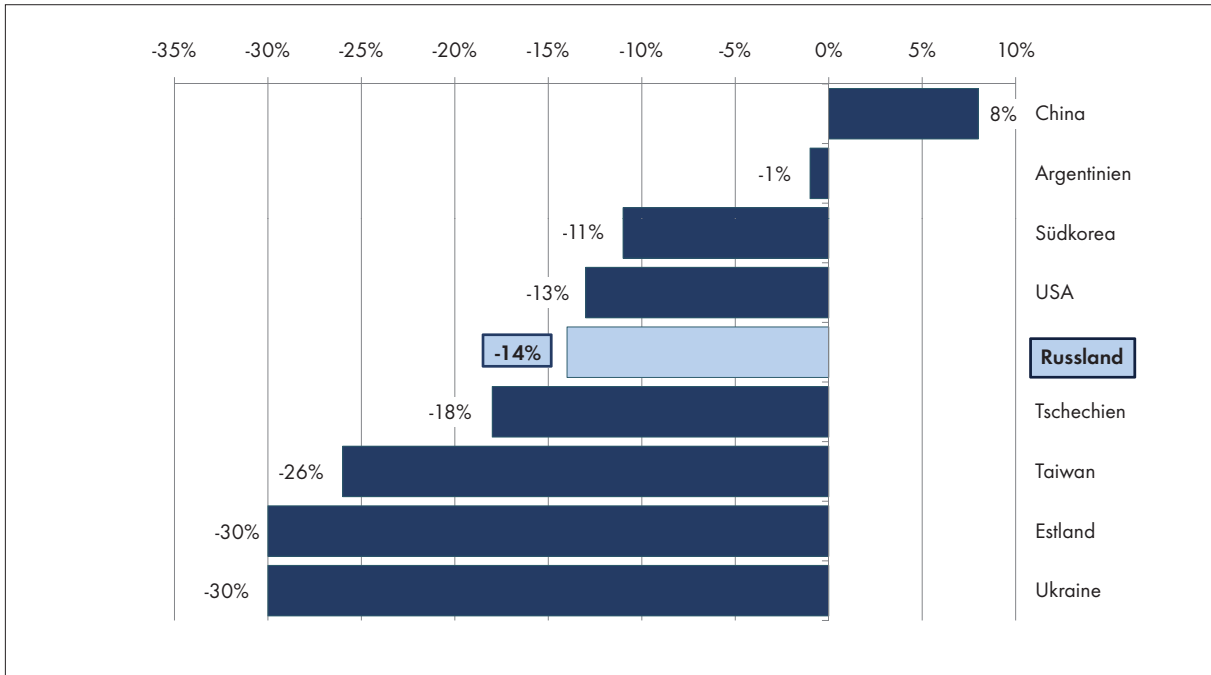
Die aktuelle Wirtschaftsentwicklung

Grafik 1: BIP und Industrieproduktion 2001–2008 (Veränderung zum Vorjahr in %)



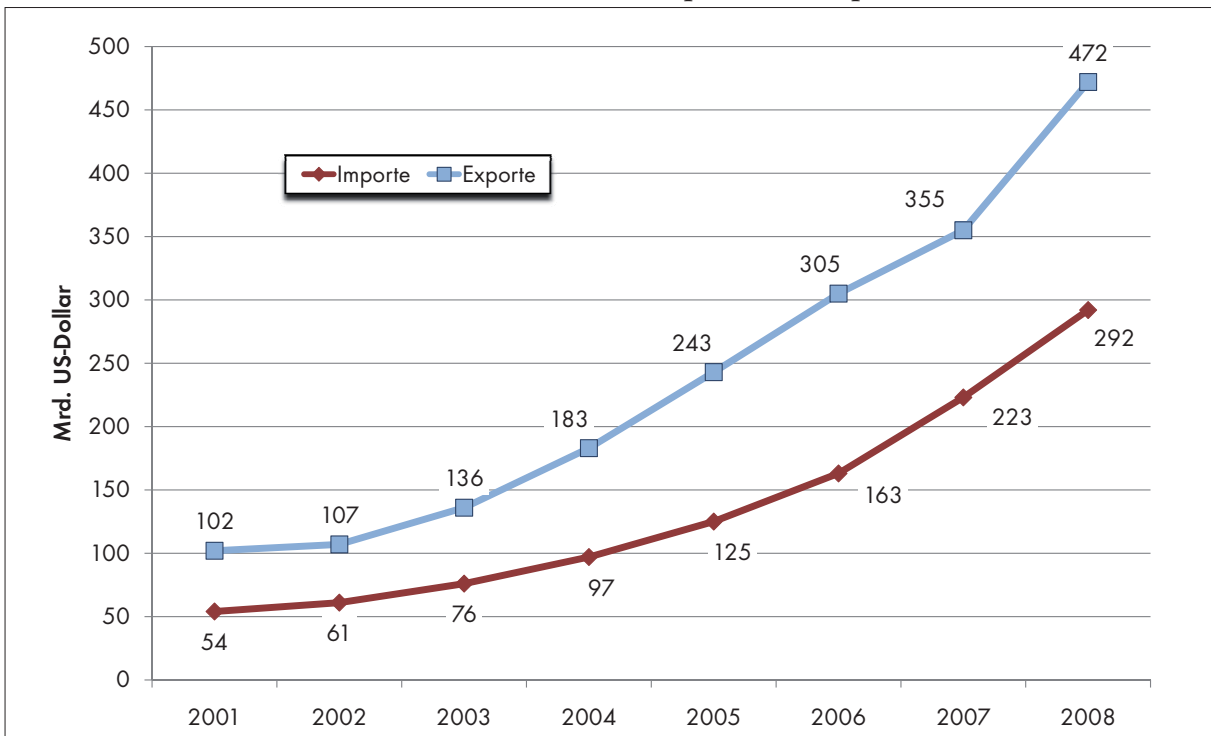
Quelle: Staatlicher Russischer Dienst für Statistik (Rosstat), www.gks.ru

Grafik 2: Die Industrieproduktion im März 2009 im internationalen Vergleich (Veränderung zum März 2008 in Prozent)

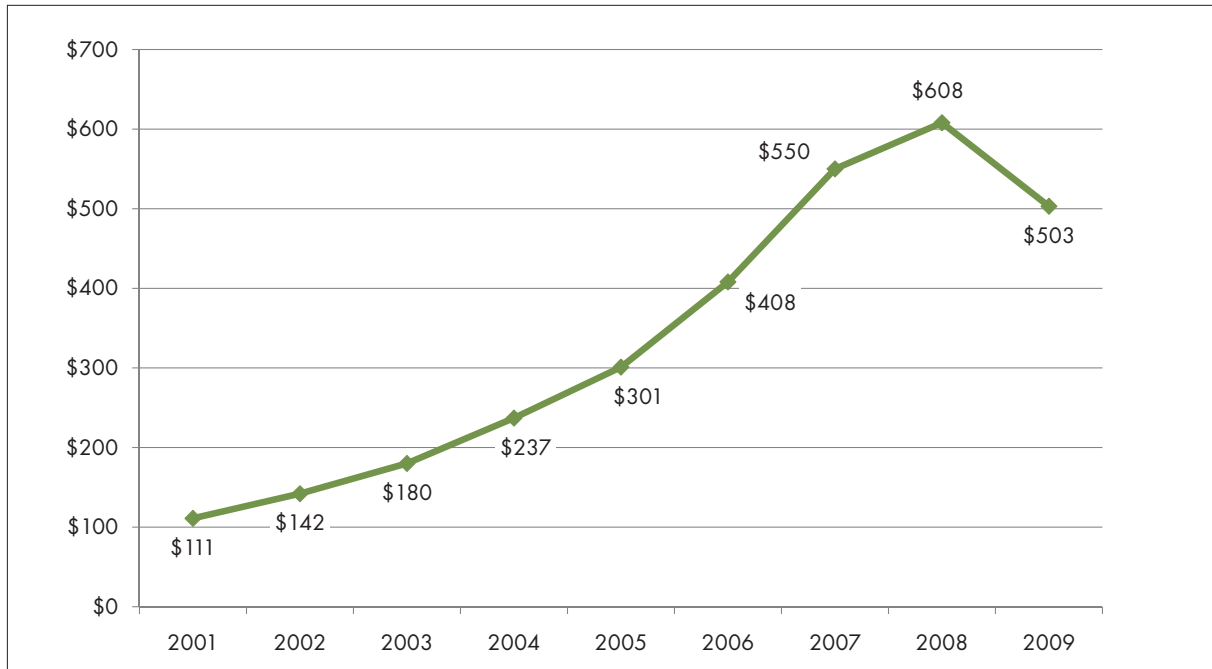


Quelle: Economist 30.4.2009.

Grafik 3: Der russische Außenhandel 2001–2008 (Importe und Exporte in Mrd. US-Dollar)

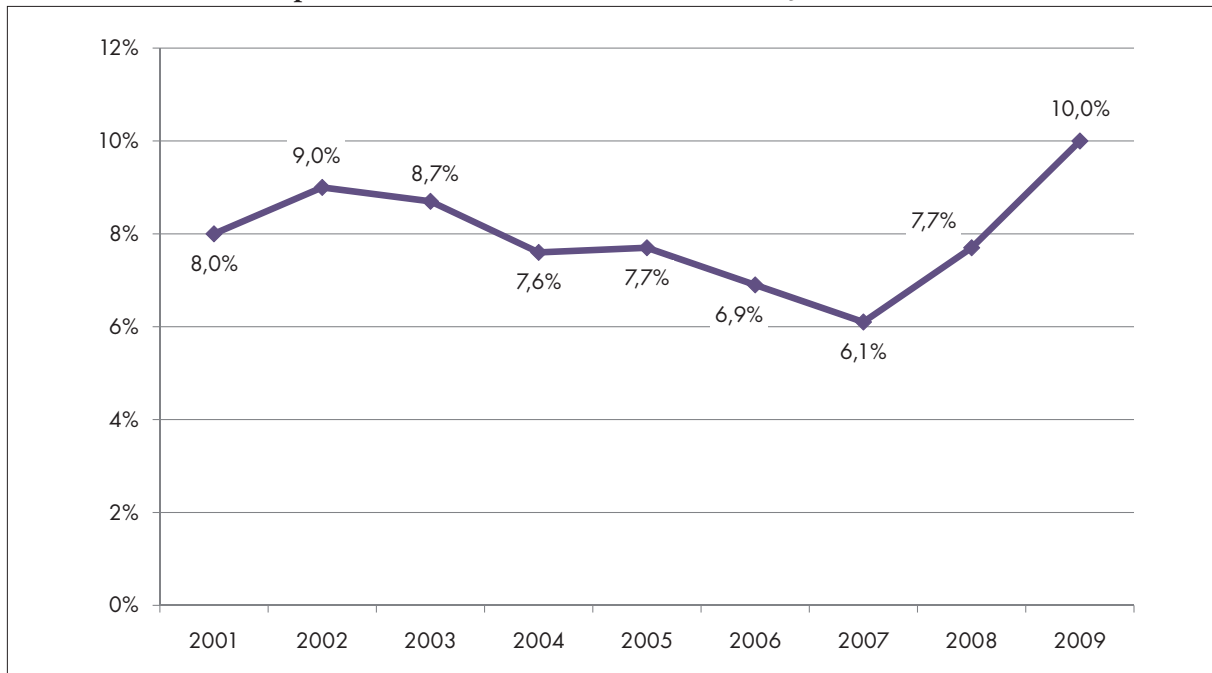


Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, http://www.bofi.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Grafik 4: Russischer Durchschnittslohn (pro Monat, in US-Dollar)


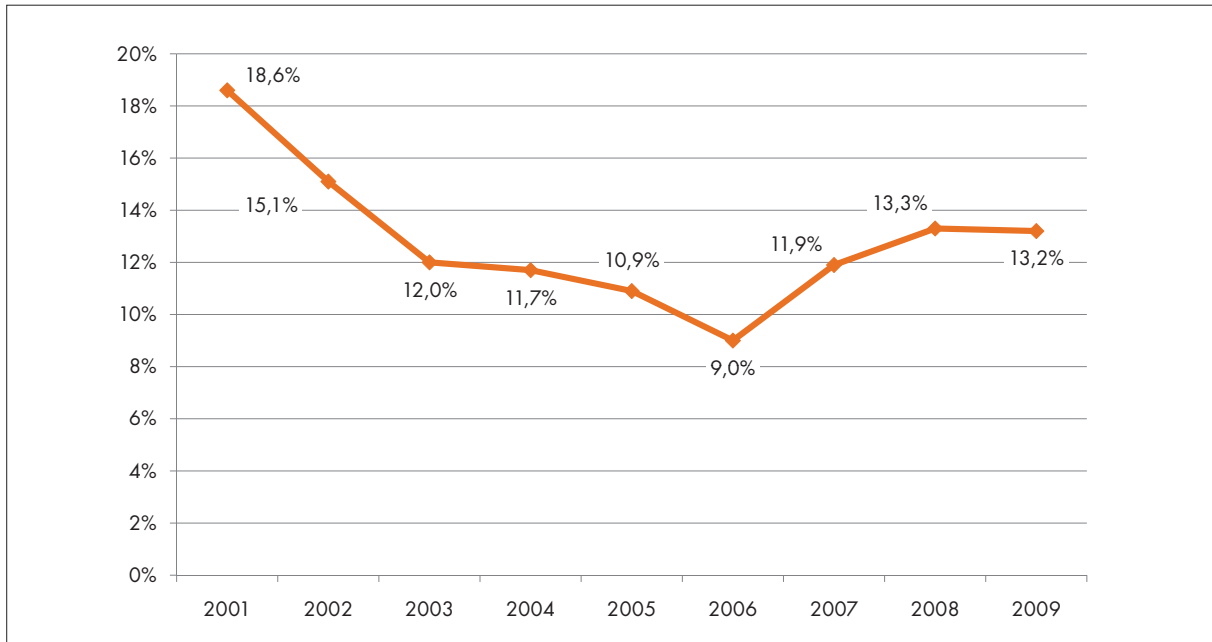
Anmerkung: Für 2009 wird der Märzwert wiedergegeben.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, http://www.bof.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Grafik 5: Arbeitslosenquote in Russland (ILO-Methode, zum Jahresende)


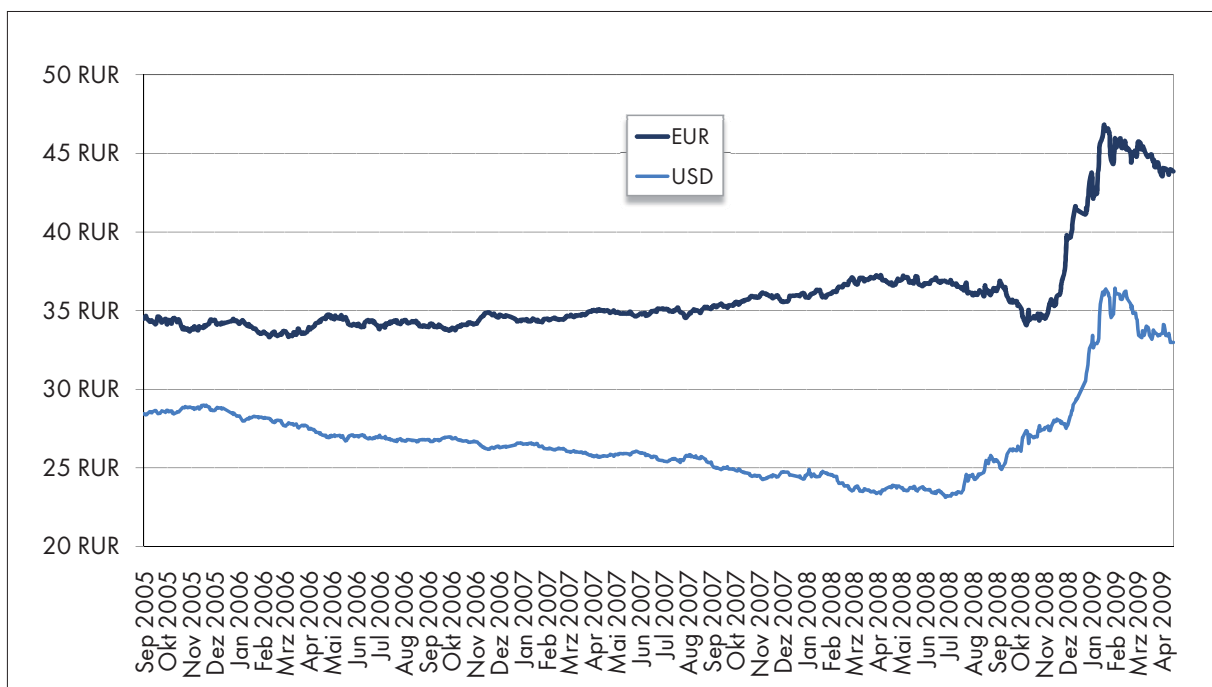
Anmerkung: Für 2009 wird der Märzwert wiedergegeben. Die russische Statistik erfasst nur die offiziell als arbeitslos registrierten. Die ILO-Methode erfasst umfragebasiert alle de facto Arbeitslosen.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, http://www.bof.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Grafik 6: Inflationsrate in Russland (zum Jahresende)


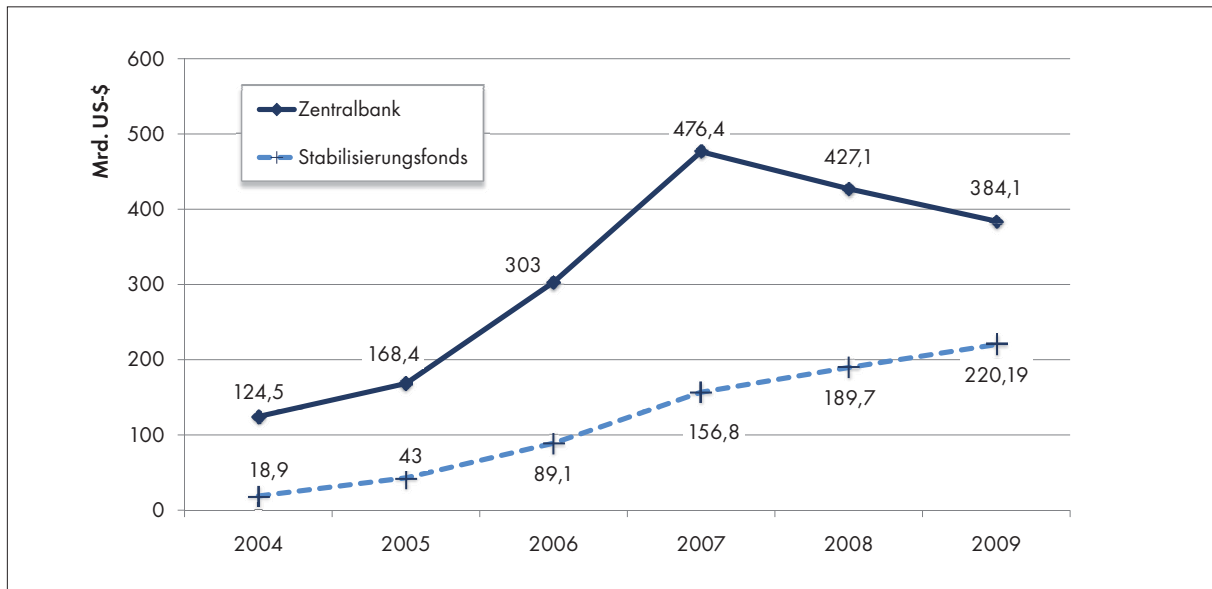
Anmerkung: Für 2009 wird der Aprilwert wiedergegeben.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, http://www.bof.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Grafik 7: Der Wechselkurs des Rubels zum US-Dollar und zum Euro 2005–2009


Quelle: Russische Zentralbank, http://www.cbr.ru/currency_base/dynamics.asp

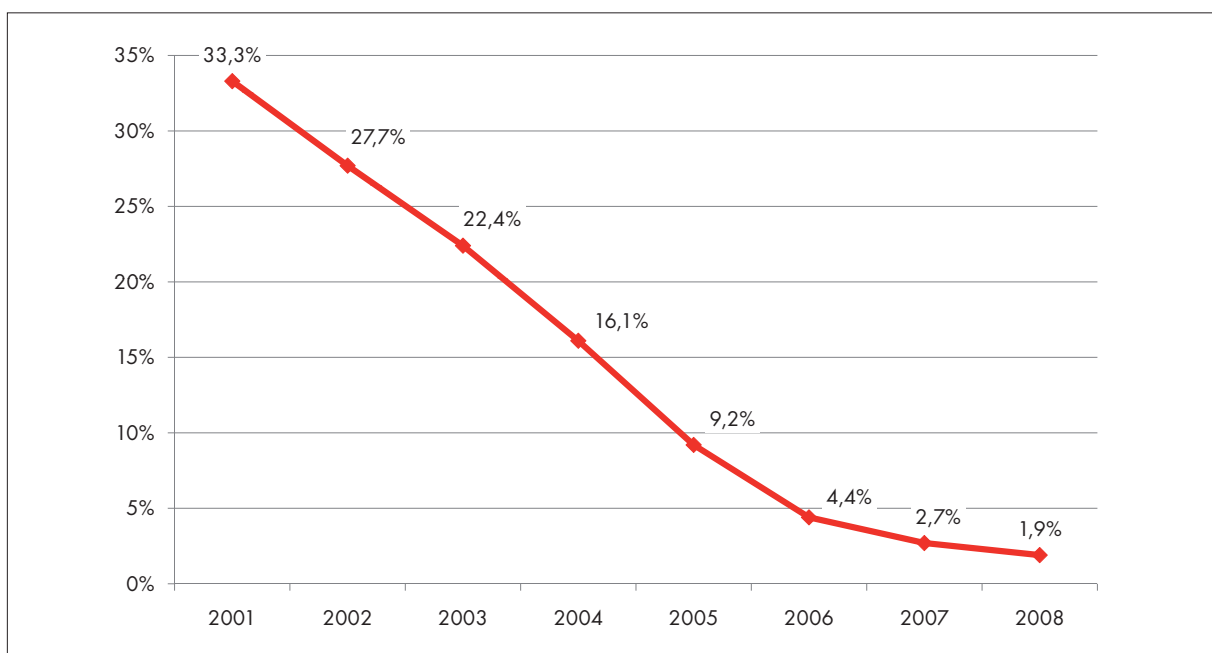
Grafik 8: Devisenreserven der russischen Zentralbank und Vermögen des staatlichen Stabilisierungsfonds (zum Jahresende in Mrd. US-Dollar)



Anmerkungen: Für 2009 wird der Februarwert wiedergegeben; der Stabilisierungsfonds ist seit 2008 der Reservefonds und der Nationale Wohlfonds; die Devisenreserven der Zentralbank enthalten auch die Goldreserven.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, http://www.bof.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Grafik 9: Staatliche Auslandsverschuldung (zum Jahresende, in % des BIP)



Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, http://www.bof.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Analyse

Das »Konjunkturpaket« der russischen Regierung

Von Yuri Simachev, Boris Kuznetsov und Andrei Yakovlev, Moskau

Einleitung

Im März 2009 wurde das Programm der russischen Regierung zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise (»Konjunkturpaket«) veröffentlicht und öffentlich diskutiert. Dieser Schritt weckt Hoffnung, dass die Regierung dazu übergeht ihre Antikrisenpolitik in enger Zusammenarbeit mit Vertretern von Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln. Unsere Analyse des Konjunkturpakets der russischen Regierung zeigt die zentralen Stoßrichtungen und erlaubt eine detaillierte Klassifizierung der einzelnen Maßnahmen und ihrer zu erwartenden Effekte.

Das Konjunkturpaket im Überblick

Insgesamt wurden von unserem 20-köpfigen Expertenteam etwa 100 Einzelmaßnahmen untersucht, die von der russischen Regierung im Zeitraum von Oktober 2008 bis März 2009 mit explizitem Bezug auf die Bekämpfung der Wirtschaftskrise im Bereich der Realwirtschaft verabschiedet worden sind:

Der Gesamtumfang der zusätzlichen staatlichen Finanzmittel zur Unterstützung der Industrie wird auf 2,1 bis 2,5 Billionen Rubel (derzeit etwa 45 bis 55 Mrd. Euro) geschätzt:

- 1,1 – 1,2 Billionen Rubel (25 Mrd. Euro) für verbesserten Zugang zu Finanzmitteln
- 500 – 700 Mrd. Rubel (11 – 16 Mrd. Euro) zur Reduzierung der Abgabenlast
- 250 – 300 Mrd. Rubel (6 – 7 Mrd. Euro) für Sozialleistungen und zur Entwicklung des Arbeitsmarkts
- 180 – 230 Mrd. Rubel (4 – 5 Mrd. Euro) zur Stimulierung der Binnennachfrage
- 60 – 90 Mrd. Rubel (1 – 2 Mrd. Euro) zur Unterstützung von Kleinunternehmen

Die von den Maßnahmen bevorzugt geförderten Wirtschaftsbranchen sind die Automobilproduktion, die Produktion von landwirtschaftlichen Nutzfahrzeugen, der Rüstungssektor, die Landwirtschaft und der Wohnungsbau. Unter Einbeziehung von Steuerentlastungen auch die Erdöl- und Erdgasförderung. Die Maßnahmen konzentrieren sich auf Großunternehmen und Kleinunternehmen. Für Unternehmen mittlerer Größe sind nur 15 % der Maßnahmen vorgesehen.

Im Rahmen der staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise sind bereits früher geplante Maßnahmen im Bereich der Entwicklung des Unternehmensrechtes, der Unterstützung der Kleinunternehmen, der Reduzierung der bürokratischen Hürden für Unternehmen und der Verbesserung des Steuersystems wesentlich beschleunigt worden. Zu den stra-

tegisich wichtigen Maßnahmen zählen auch die Entwicklung des Leasing und die Weiterentwicklung des Anleihenmarktes. Nach Einschätzung unserer Experten haben etwa 7 % der Maßnahmen eine verzögerte Wirkung. Während die direkte konjunkturelle Wirkung dieser Maßnahmen als niedrig eingeschätzt wird, wird erwartet, dass sie längerfristig eine erhebliche und positive Wirkung entfalten.

Kritische Bestandsaufnahme

Die Maßnahmen des Konjunkturpaketes haben vor allem einen kompensierenden Charakter, d. h. sie zielen darauf, die durch die Wirtschaftskrise verursachten Verluste der großen Unternehmen zu begrenzen (in der Regel ohne Berücksichtigung des konkreten Unternehmensverhaltens). In nur viel geringerem Umfang tragen die Maßnahmen zur Entwicklung konkurrenzfähiger Unternehmen bei.

Es besteht ein Defizit an Maßnahmen und an Ressourcen in den folgenden Bereichen:

- Förderung von Innovationen und technischer Modernisierung
- Unterstützung von high-tech Exporten
- Förderung von marktwirtschaftlichem Wettbewerb
- Förderung des Unternehmenswachstums
- Förderung neuer Wirtschaftszweige
- Attraktivität des russischen Marktes für ausländische Investoren
- Effizienz der natürlichen Monopole und staatlichen Großunternehmen

Die Umsetzung der im Konjunkturpaket der Regierung vorgesehenen Maßnahmen verlangt (mit Ausnahme derjenigen Maßnahmen die auf reinen finanziellen Entlastungen beruhen) eine hohe Qualität der Umsetzung. Die Staatsverwaltung muß eigenständig über die Auswahl der zu fördernden Unternehmen und über die konkrete Form der Realisierung der Maßnahme ent-

scheiden. Nach unserer Studie sind so 40 % der Maßnahmen dem Risiko einer ineffizienten administrativen Umsetzung ausgesetzt.

Insgesamt werden von unserem Expertenteam nur 10 % der Maßnahmen des staatlichen Konjunkturpakts als sehr effektiv eingeschätzt. Weitere 30 % werden als recht effektiv beurteilt. Das Potenzial einiger Maßnahmen wird dabei durch die konkreten Ausführungsbestimmungen erheblich eingeschränkt. Bei 10 % der staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise kritisieren unsere Experten außerdem die Ambivalenz ihres Einflusses. Kurzfristig können sie durchaus zur Konjunkturbelebung beitragen, langfristig führen sie jedoch zu Wettbewerbsverzerrungen und anderen Problemen, die die Rückkehr zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum nach Überwindung der Krise erschweren werden.

Mehr als 40 % der Maßnahmen widersprechen zumindest teilweise den vor der Krise entwickelten Prinzipien der russischen Wirtschaftspolitik. In Anbetracht der Einzigartigkeit der aktuellen Wirtschaftskrise und des zeitlich begrenzten Charakters der staatlichen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung ist dies derzeit nicht das größte Problem. Bedenklich ist jedoch, dass der befristete Charakter etlicher Maßnahmen nicht eindeutig definiert wurde. Das Fehlen eindeutiger Regeln zur Abschaffung (oder Verlängerung) dieser Maßnahmen macht die Wirtschaftspolitik unvorhersagbar und schafft damit Unsicherheit unter den betroffenen Unternehmen. Hinzu kommt, dass die Debatte über die Zukunft dieser Maßnahmen so zum Ziel von Lobbyisten wird.

Verbesserungspotenzial

Aus unserer Sicht liegt das Verbesserungspotenzial beim staatlichen Konjunkturpaket weniger in der Ausarbeitung neuer, zusätzlicher Vorschläge sondern in der Optimierung der bereits entwickelten Maßnahmen. Neben der Verbesserung der Umsetzung der Maßnahmen sind eine effiziente Erfolgskontrolle und transparente politische Entscheidungsverfahren von zentraler Bedeutung. Wir halten in diesem Zusammenhang folgende Punkte für vorrangig:

Erstens sollten die konkreten Maßnahmen deutlich auf ein bestimmtes Ziel ausgerichtet sein und auch durch die Mittelempfänger bezüglich ihrer erwarteten Effekte und möglicher Probleme und Risiken bewertet werden.

Zweitens sollte die Ausarbeitung einer konkreten Maßnahme in Absprache mit der Wirtschaft und interessierten öffentlichen Organisationen erfolgen. Zu den wichtigsten Forderungen zählt, dass die Stellungnah-

men der Wirtschaftsverbände und gesellschaftlichen Organisationen veröffentlicht werden.

Drittens sollte die praktische Umsetzung jeder Maßnahme zu regelmäßigen, vorab festgelegten Kontrollterminen überprüft werden. Dabei ist eine Kooperation mit Wirtschaftsverbänden und gesellschaftlichen Organisationen möglich.

Viertens ist es notwendig, die Regelung aller Maßnahmen auf ausreichende Anforderungen bezüglich der Offenlegung von Informationen und der Transparenz von Entscheidungsprozessen und Ergebnissen zu überprüfen. Nur durch Kontrollen und Transparenz ist eine Evaluierung der Maßnahmen und eine mögliche Korrektur oder gar Abschaffung einzelner Maßnahmen zu gewährleisten. Wir geben zu, dass derzeit die Übertragung zentraler Entscheidungskompetenzen auf die Regierung erforderlich ist, um schnell und flexibel auf die Krise reagieren zu können. Wir würden eine Verstärkung der begleitenden Informationsmaßnahmen der Regierung jedoch für hilfreich halten.

Wir halten es für erforderlich, das Instrumentarium zur Umsetzung der Maßnahmen zur Krisenbekämpfung schrittweise auszuweiten. Dazu muss die gesetzliche Grundlage verbessert werden, um schnelle und flexible Reaktionen zu ermöglichen. In der Krise sind Sofortmaßnahmen oft unvermeidbar. Es ist aber wichtig, diese Sofortmaßnahmen in ein langfristiges Konzept einzubetten und schon jetzt einen Plan zu ihrer späteren Abschaffung und zum »Rückzug des Staates aus der Nationalisierung« zu entwerfen.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen auch Maßnahmen zur Effektivitätssteigerung der staatlichen Unternehmen und natürlichen Monopole (wie Erdgasversorgung oder Eisenbahnverkehr). Diese Sektoren sind für die gesamte Wirtschaft des Landes von großer Bedeutung und hier hat der Staat als Eigentümer direkte Verantwortung.

Bei Maßnahmen zur Unterstützung einzelner Wirtschaftsbranchen oder Unternehmen sollte unserer Meinung nach darauf geachtet werden, dass die Sicherung von Arbeitsplätzen nicht durch eine künstliche Erhöhung der Nachfrage und eine Stützung ineffizienter Produktion erfolgt. Eine Stützung der Nachfrage ist nur dann berechtigt, wenn dadurch nicht nur Arbeitsplätze sondern auch wettbewerbsfähige Produktionskapazitäten und qualifizierte Fachkräfte erhalten bleiben. Dies wiederum bedeutet, dass aus Sicht der Regierung entweder die Nachfrage auch nach der Krise (d. h. ohne die staatlichen Anti-Krisen-Maßnahmen) vorhanden sein wird oder die Bewahrung der Produktionskapazitäten im Interesse der nationalen Sicherheit liegt.

Um etliche Probleme zu vermeiden, die typisch sind für direkte Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen, sollten sich die Auflagen nicht in erster Linie auf die Preispolitik der Unternehmen beziehen (indem Verkaufspreise staatlich reguliert werden) sondern vielmehr Modernisierungsinvestitionen und damit eine Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der Produktion verlangen. Entsprechende Forderungen existieren zweifelsohne in vielen Fällen, sind aber weder transparent noch öffentlich.

Abschließend sei betont, dass es von zentraler Bedeutung ist, bereits während der Krise Maßnahmen zu entwickeln, die einen Übergang von der Rettung gefährdeter Unternehmen hin zur Unterstützung konkurrenzfähiger neuer Leitsektoren der Wirtschaft einleiten. Dies würde der russischen Wirtschaft nach Ende der Krise eine schnelle Rückkehr zum Wachstumspfad ermöglichen.

Übersetzung: Lina Pleines

Über die Autoren

Dr. Yuri Simachev ist stellvertretender Direktor des Interdepartmental Analytical Center. Dr. Boris Kuznetsov ist leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter des Interdepartmental Analytical Center und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts zur Analyse von Unternehmen und Märkten der Higher School of Economics. Dr. Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts zur Analyse von Unternehmen und Märkten der Higher School of Economics.

Lesetipp

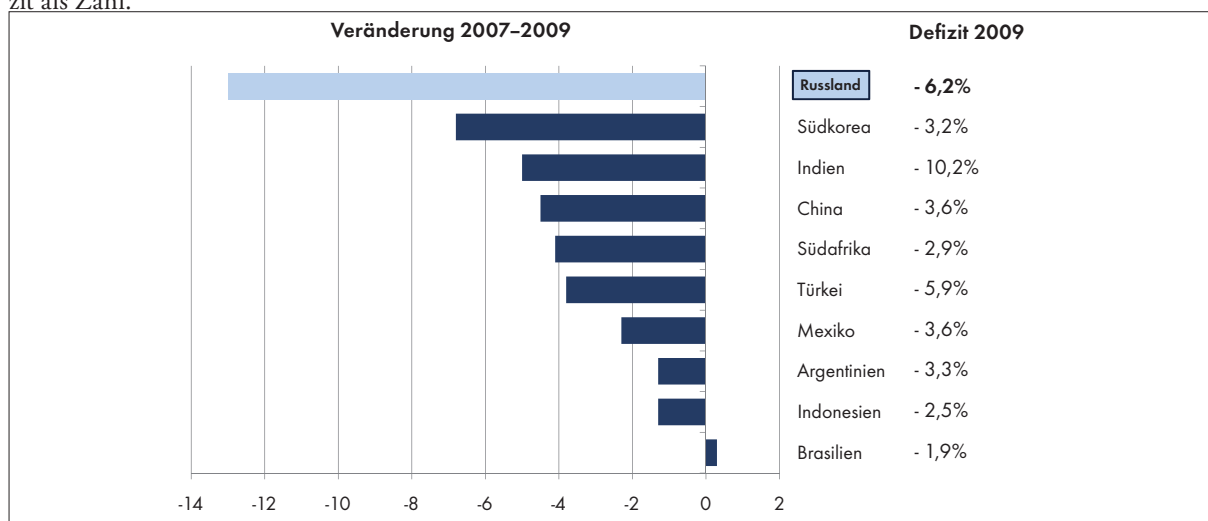
Die vollständige englische Übersetzung des Anti-Krisen Programms («Konjunkturpakts») der russischen Regierung findet sich unter <http://premier.gov.ru/eng/anticrisis/>

Die vollständige Analyse der Autoren ist in russischer Sprache abrufbar unter <http://www.hse.ru/data/943/184/1241/otsenka.pdf>

Statistik

Zunahme des staatlichen Haushaltsdefizits im Rahmen der Krisenbekämpfung und erwartetes Haushaltsdefizit für 2009

Ausweitung der staatlichen Haushaltsdefizite im Rahmen der Krisenbekämpfung (Veränderung der Haushaltsbilanz, gemessen als Prozentanteil am BIP, 2009 gegenüber 2007) als Balken und für 2009 erwartetes Haushaltsdefizit als Zahl.



Anmerkung: Das für 2009 erwartete Haushaltsdefizit ist niedriger als die Zunahme von 2007 bis 2009, wenn die Haushaltsbilanz 2007 positiv war. Im russischen Fall ist die Haushaltsbilanz von + 6,8 % auf - 6,2 % gesunken, was einem Rückgang von 13 % entspricht.
Quelle: IWF, zitiert nach Economist 30.4.2009.

Analyse

Die russischen Oligarchen in der Wirtschaftskrise

Von Stephen Fortescue, Melbourne

Zusammenfassung

In diesem Beitrag wird die Effektivität der Oligarchen beim Management ihrer Unternehmen unter den Bedingungen der aktuellen Wirtschaftskrise untersucht. Zudem wird die Einstellung des Staates gegenüber den Oligarchen analysiert, wobei sowohl ihre Rolle im politischen Prozess als auch die Frage der Renationalisierung behandelt wird.

Einleitung

2006 veröffentlichte der Autor dieses Artikels das Buch »Russia's Oil Barons and Metal Magnates: Oligarchs and the State in Transition«. In ihm wird die eher unkonventionelle Ansicht vertreten, die Oligarchen – womit jene kleine Gruppe von Privatunternehmern gemeint ist, die in den 1990er Jahren vor allem in der Erdöl- und Metallindustrie erfolgreich expandierte – hätten für die Entwicklung der russischen Wirtschaft eine positive Rolle gespielt. Sie werden eher als Investoren denn als Abzocker angesehen, die es unter schwierigen Umständen geschafft haben, das Ruder von Unternehmen herumzureißen, die zum Zeitpunkt der Übernahme von Schulden und Ineffizienz geplagt waren.

Ausgehend von dieser Einschätzung kritisierte der Autor die Einstellung des damaligen russischen Präsidenten Wladimir Putin gegenüber den Oligarchen, die in der Jukos-Affäre am deutlichsten zutage trat. Putin weigerte sich, das Recht der Oligarchen auf eine autonome und legitime Rolle in Wirtschaft und Politik anzuerkennen – was im günstigsten Fall ihren Ausschluss aus dem politischen Prozess bedeutet hätte und im ungünstigsten ihre Enteignung sowie die vollständige Verstaatlichung strategisch bedeutsamer Wirtschaftsbereiche.

Die Zeit von der Fertigstellung des Buchs (Ende 2005) bis zur zweifelsfreien Ankunft der globalen Finanzkrise in Russland (September 2008) lieferte Argumente, die das Vertrauen des Autors in den positiven wirtschaftlichen Beitrag der Oligarchen stärkten und seine Ängste vor dem Jukos-Effekt als übertrieben erscheinen ließen. Gleichzeitig gab es in diesem Zeitraum aber auch Anzeichen, die gegen die Richtigkeit beider Einschätzungen sprachen, und die mit dem Eintreffen der Krise besorgniserregender wurden.

Vor der Wirtschaftskrise

Anfang dieses Jahrzehnts waren die Oligarchen plötzlich bereit, ihre Standards der Unternehmensführung zu verbessern. Dabei wurden unter anderem höhere Transparenz und eine bessere Einstellung gegenüber den (nach

den vorhergehenden Manipulationen noch) verbliebenen Minderheitenaktionären angestrebt. Vermutlich lag diesen Maßnahmen die Absicht zugrunde, nach der Herstellung einer starken Kontrolle über die Unternehmen gesicherte und gesetzlich verankerte Rechte zu fordern. Dieser Trend setzte sich in der Post-Jukos-Zeit fort und wurde vor allem von Oligarchen forciert, die mit ihren Unternehmen an die Börse gingen und dies in der Regel im Ausland taten. Die Standards der Weltbörsen erforderten transparente Finanzen, die Veröffentlichung von Einzelheiten über Aktionäre (wodurch manchmal unerwartet hohe Anteile stiller Teilhaber hinter den in hohem Maße öffentlich präsenten Oligarchen zutage traten), die Wahl unabhängiger Aufsichtsratsmitglieder, die Zahlung von Dividenden etc.

Bei den Börsengängen wurden in der Regel nicht mehr als 15 % der Unternehmensanteile angeboten, so dass die Oligarchen die Kontrolle über ihre Unternehmen behielten. Sie behaupteten meist, Ziel des Börsengangs sei nicht vorrangig die Beschaffung zusätzlicher finanzieller Mittel, sondern die Einführung geeigneter Unternehmensstandards für große börsennotierte Unternehmen mit globalen Ambitionen. Diese Ambitionen wurden seit 2005 verstärkt durch Ankäufe ausländischer Unternehmensbeteiligungen im großen Maßstab umgesetzt. So entwickelte sich der russische Aluminiumkonzern Rusal mit Beteiligungen auf sämtlichen Kontinenten zum größten Aluminiumproduzenten der Welt und das russische Unternehmen Severstal wurde viertgrößter Stahlproduzent in Nordamerika. In dieser Periode verzeichneten die Unternehmen der Oligarchen Rekordumsätze und -gewinne und starteten umfangreiche Investitionsprogramme.

Noch bis zur Mitte des Jahres 2008 konnte man von den eindrucksvollen unternehmerischen Fähigkeiten und Ambitionen dieser kleinen Gruppe von Geschäftsleuten voller Zuversicht sprechen. Es gab jedoch bereits Anzeichen nahender Gefahr. War die Hals-über-Kopf-Expansion der Oligarchen einfach nur »irrationaler Überschwang« einiger Weniger, deren Glück ursprüng-

lich in guten Verbindungen zum Staat bestanden hatte und die später nur noch auf der Welle eines unvorhergesehenen Rohstoffbooms und günstiger Kredite schwammen? Wuchsen mit der Expansion ihrer unternehmerischen Aktivitäten auch ihre Managementkapazitäten? Sowohl Image als auch Realität der globalen Unternehmen, die sie führen wollten, bedurften großer und komplexer Managementstrukturen, die sich deutlich von der bisher bei ihnen üblichen hemdsärmeligen Einstellung unterschieden und Operationen in einer Reihe von Ländern und Kulturen mit einschlossen, die ihnen kaum vertraut waren.

Es gab Anzeichen dafür, dass Kosten – vor allem Managementkosten – außer Kontrolle gerieten. Es deuteten sich Schwierigkeiten bei der Kontrolle von Aktivitäten hochrangiger Führungskräfte an (angeblich geht der Fehlkauf von LionOre durch Norilsk Nickel auf einen hohen ausländischen Geschäftsführer zurück; auf jeden Fall war der Großaktionär Michail Prochorow eindeutig dagegen). Es schien auch so, als ob die Oligarchen selbst darum kämpften, ihren Fokus nicht zu verlieren, während sie einer Myriade von anderen Privatgeschäften und nichtgeschäftlichen Interessen nachgingen.

Genauso gemischt wie die geschäftlichen Aktivitäten der Oligarchen sehen in der Zeit vor der Wirtschaftskrise auch ihre Beziehungen zum Staat aus. Befürchtungen, die Jukos-Affäre könne der Vorbote eines umfassenden Verstaatlichungsprogramms von Schlüsselunternehmen der russischen Wirtschaft sein, erwiesen sich als unbegründet. Roman Abramovitsch hat zwar Sibneft an den staatseigenen Rosneftkonzern verkauft (und kaufte mit den Einnahmen unter anderem die Hälfte des privaten russischen Schwerindustriekonzerns Evraz). Und Michail Gurserijew wurde aus seinem weniger bedeutenden Ölunternehmen in einer Art und Weise hinausgeworfen, die an frühere Enteignungen von Oligarchen erinnerte (allerdings ging das Unternehmen nicht an den Staat, sondern an den Oligarchen Oleg Deripaska). Ansonsten verblieben die Oligarchen aber in ihren Positionen.

Und sie spielten sogar eine zwar begrenzte aber doch bedeutsame Rolle in der Politik. Nach einer kurzen Periode des Rückzugs direkt nach der Jukos-Affäre stellten die Oligarchen wieder eine Verbindung zum Präsidenten her und zwar sowohl auf persönlicher Ebene als auch auf Verbandsebene (letzteres über die Russische Vereinigung von Unternehmern und Produzenten, RSPP, unter der Führung ihres neuen Chefs Alexander Shochin). Sogar in einem so sensiblen Bereich wie der Unternehmensbesteuerung wurden die Oligarchen einbezogen. Die neuen Regelungen für Steuerprüfungen, die nach der

Jukos-Affäre wieder Vertrauen in die staatliche Besteuerung schaffen sollten, wurden mit ihnen beraten und gerieten zu ihrer Zufriedenheit.

Der Hauptpreis, den die Oligarchen nach der Jukos-Affäre zu zahlen hatten, bestand in der nicht zu unterschätzenden Verpflichtung, Steuern und Abgaben in vollem Umfang zu zahlen und zusätzliche »informelle« Steuern zu leisten, die die Regierung unter Bezugnahme auf die »soziale Verantwortung der Unternehmen« einforderte. Solange die Preise für Erdöl und Metalle rasant stiegen, waren das jedoch Lasten, mit denen sie umgehen konnten.

Die Krise

Vielen hat die Krise bestätigt, was sie immer schon zu wissen glaubten: Die Oligarchen sind rücksichtslose Abenteurer, die sich durch zweifelhafte Vorteile, die sie eher aus günstigen Umständen als aus eigenen Talenten schlagen, bereichert haben. Nach dem Absturz der Rohstoffpreise fänden sie sich nun auf einem Berg von Schulden wieder, die sie nicht zurückzahlen könnten. Dementsprechend sei es unvermeidlich, dass ein großer Teil ihres Vermögen in staatliche Hände übergehe (wobei der Staat mit ziemlich hoher Wahrscheinlichkeit die Interessen einer neuen Gruppe von potenziellen Oligarchen vertreten werde).

Die Unternehmen der Oligarchen haben durch die Krise zweifellos verheerende Schäden erlitten; darüber hinaus sind diese Unternehmen jetzt der Gefahr ausgesetzt, Schulden nicht zurückzahlen zu können, für die als Sicherheiten beträchtliche Anteile an ihren Unternehmen dienen. Wenn die Gläubiger – wie vielfach der Fall – staatseigene russische Banken sind, taucht das Schreckgespenst der Verstaatlichung auf. Ob dieser Ausgang vermieden werden kann, hängt zum ersten von den Verbindlichkeiten der einzelnen Firmen ab, zum zweiten von der Fähigkeit der Oligarchen, die Lage ihrer Unternehmen zu verbessern und zum dritten vom Verhalten der Regierung.

Schuldenlast

Das Bild bei den Schulden nimmt sich unterschiedlich aus, nicht alle Firmen der Oligarchen sind gleichermaßen betroffen. Im Ölsektor ist die staatseigene Firma Rosneft am schwersten verschuldet. Sie war gezwungen, zur Stützung ihrer Finanzen langfristige Kreditabkommen mit China zu treffen. Die großen Ölfirmen in Privatbesitz scheinen im Moment in der Lage zu sein, ihren Verbindlichkeiten nachzukommen. Im Metallsektor stellt Deripaskas Firma Rusal gemeinsam mit dem ums Überleben kämpfenden Autohersteller GAZ

das dramatischste Beispiel für einen überwältigenden Schuldenberg dar, der eindeutig auf »irrationalen Überschwang« zurückgeht. Rusal's strategische »Vision« hat sich im Laufe der Jahre immer wieder gewandelt, bis sie am Ende unter dem Motto »Alles Kaufen« zu stehen schien, wenn auch ein Schwerpunkt bei Metallverhüttung und vertikaler Integration erkennbar war.

Bei den anderen hochverschuldeten Metallunternehmen der Oligarchen entstanden die Schuldenberge entweder durch die Notwendigkeit, große Summen in marode Betriebe zu investieren (wie etwa bei Evraz) oder, weil sie als Späteinsteiger hohe Preise für Unternehmensaufkäufe zahlen mussten (wie etwa Metalloinvest). Jemand wie Alexej Mordaschow, der seinen Anteil an der relativ modernen Firma Severstal früh und günstig erworben hat, war dagegen in der Lage, sein ambitioniertes Expansionsprogramm im Ausland mit geringer Kreditaufnahme vor allem aus eigenen finanziellen Reserven durchzuführen.

Das Konjunkturpaket der Regierung, das über die staatseigene Vneshekonombank (VEB) Gelder zur Begleichung von Auslandsschulden zur Verfügung gestellt hat, kam von den Rohstofffirmen der Oligarchen nur Rusal und Evraz zugute. Eine Reihe von Rohstofffirmen, vor allem Mechel und Metalloinvest, haben beträchtliche kurz- und mittelfristige Geschäftsschulden bei den staatseigenen Banken und einige Oligarchen, beispielsweise Potanin, Deripaska und Usmanow, haben als Privatpersonen beträchtliche Schulden, deren Sicherheiten in Firmenanteilen liegen. Wenn diese Schulden nicht zurückgezahlt werden und in der Folge die Anteile, die als Sicherheiten gelten, den Besitzer wechseln, könnten die staatseigenen russischen Banken am Ende als Hauptanteilseigner des Metallsektors dastehen.

Angesichts von Weltmarktpreisen für Metalle, die derzeit ganz grob gesprochen so hoch liegen wie die Produktionskosten und deren zukünftige Entwicklung sehr ungewiss ist, wäre es naiv von den Produzenten, auf steigende Preise zu setzen, um die eigenen Schulden abzubauen zu können und zusätzlich an die Oligarchen Gewinne ausschütten zu können, die diese zur Begleichung ihrer privaten Schulden benötigen.

Kostensenkungen

Dementsprechend müssen die Unternehmen der Oligarchen ihre Produktionskosten senken. Und es sieht aus, als hätten sie dafür einige, wenn auch nicht ganz unproblematische Optionen. Die größten Kosten entstehen durch den Einsatz von Rohstoffen wie Eisenerz, deren Preis genauso schnell gesunken ist wie der des aus ihnen hergestellten Materials. Die meisten Firmen besitzen

allerdings selbst Rohstofflieferanten, so dass der Preisverfall der Rohstoffe nicht nur von Vorteil ist. Ein weiteres Einsparungspotenzial sind die Lohnkosten. Personalintensität ist stets ein Kennzeichen der russischen Industrie gewesen, und die Lohnkosten sind im Vorfeld der Krise rapide angestiegen. Die russischen Arbeiter zeigen sich wie schon in den 1990er Jahren nun erneut bereit, geringeren Lohn für weniger Arbeitsstunden zu akzeptieren oder sogar Lohnschulden zu tolerieren. Der Handlungsspielraum in diesem Bereich ist allerdings begrenzt. Lohnkosten machen so in der Stahlindustrie gerade einmal 10 % der Produktionskosten aus, und die Regierung ist zwar bereit, in begrenztem Umfang Entlassungen und eine Reduzierung der Arbeitsstunden zu dulden, einen größeren Abbau von Produktionskapazitäten mit Massenentlassungen wird sie jedoch nicht zulassen. Sämtliche große Firmen der Oligarchen stehen auf der staatlichen Liste »systembildender Unternehmen«, d. h. von Unternehmen die in einzelnen Städten einen großen Teil der sozialen Infrastruktur tragen, und die Botschaft dieser Liste ist eindeutig. Gegen eine Schließung von Kapazitäten und den Verkauf von Anlagen im Ausland hätte die Regierung vermutlich nicht so starke Bedenken. Norilsk Nickel und Rusal sind diesen Weg bereits gegangen. Wirtschaftsvertreter fordern in einem fort Steuersenkungen, um die Rentabilität der Firmen zu erhöhen. Die Regierung hat bezüglich der Besteuerung des Ölsektors und der Ausfuhrzölle regelmäßig positive Signale ausgesendet, davon jedoch bisher wenig umgesetzt.

Auch wenn keine der Einsparmöglichkeiten sehr überzeugend ist, so verfügen die Oligarchen, die ihre Unternehmen Mitte der 1990er Jahre unter sehr schwierigen Bedingungen übernommen haben, doch über eine beachtliche Erfahrung im Krisenmanagement. Im ersten Quartal 2009 hat Rusal seine Ausgaben um 554 Millionen US-Dollar gesenkt und könnte damit sein Ziel von 1,1 Milliarden US-Dollar für das Gesamtjahr durchaus erreichen. Bei Einsparungen in dieser Größenordnung könnten die Oligarchen ein weiteres Mal eine Wirtschaftskrise meistern.

Verstaatlichung?

Ausgabenreduzierungen in dieser Höhe können Rusal zwar dazu verhelfen, die Rentabilität langfristig wiederherzustellen, zur Zahlung der kurzfristigen Schulden werden sie allerdings nicht ausreichen. Das Schicksal vieler hochverschuldeter Unternehmen, nicht nur der Oligarchen, liegt deshalb nicht in ihren eigenen Händen sondern in denen ihrer Gläubiger. Westliche genauso wie russische Banken (bis auf die eigenwil-

lige Alfa Bank) wurden von der Regierung darauf vorbereitet, mit Überbrückungskrediten auszuweichen und sogar Deripaska wurde von westlichen Banken ein kurzer Rückzahlungsstopp gewährt.

Die Haltung der russischen Regierung ist jedoch nicht ganz eindeutig. Ihre Sprecher betonten immer wieder, der russische Staat sei an einer Übernahme oder Verwaltung von privaten Unternehmen nicht interessiert. Zusätzlich hat die Regierung angekündigt, auch den einfachsten Mechanismus zur Übernahme privater Unternehmensanteile abzuschaffen. Staatseigene Banken sollen keine Kredite mehr gegen Unternehmensanteile als Sicherheit vergeben. Das VEB-Programm zur Begleichung von Unternehmensschulden im Ausland wurde im Februar eingestellt – nur 20 % der bereitgestellten Gelder sind ausgegeben worden – und den privaten Firmen wurde mitgeteilt, dass sie keine weiteren Anleihen erhalten würden.

Igor Schuwalow, erster Stellvertretender Ministerpräsident und Verantwortlicher für das Management der Wirtschaftskrise, deutete in einem Bloomberg-Interview am 18. März sogar an, dass die Regierung die Aktien lieber im Besitz ausländischer Banken sehen würde als sie selbst zu übernehmen. In seiner Rede vom 6. April erklärte Putin dagegen vor der Duma, der Staat würde die Aktien übernehmen, sollten die Schulden nicht rechtzeitig zurückgezahlt werden. Diese Absicht bestätigte der VEB-Vorsitzende Wladimir Dmitrijew am 15. April in einem Interview mit *Kommersant*. Betroffen wären davon Rusal, Evraz sowie über Rusals Beteiligung von 25 % auch Norilsk Nickel. Verhandlungen über eine Umstrukturierung der Schulden sind nichtsdestotrotz im Gange. Die derzeit favorisierte Variante ist

der staatliche Ankauf von Unternehmensanleihen. Es scheint deshalb, als ob die Regierung weiterhin Wege finden wird, um die Schulden der Oligarchen umzustrukturieren.

Unterdessen sind private Geschäftsleute weiterhin in die Politik eingebunden. Die mehr oder weniger institutionalisierten Treffen des Präsidenten und des Ministerpräsidenten mit Unternehmerverbänden finden weiterhin statt. Beide treffen sich auch zu Zweier-Gesprächen mit den einzelnen Oligarchen. Führende Geschäftsleute sind reguläre Teilnehmer der Ad-hoc-Treffen, die den formalen staatlichen Gremien, wie es scheint, die Koordinationsfunktion bei der staatlichen Krisenbekämpfung abgerungen haben.

Resümee

Die globale Wirtschaftskrise stellt eine schwere Bewährungsprobe für Unternehmen und Regierungen in der ganzen Welt dar. Der Autor hält an seinem eingeschränkten Vertrauen in die Fähigkeit der russischen Oligarchen, den Sturm zu überstehen, fest. Auch wenn die russische Regierung eine abwartende Haltung zeigt, hat er nicht den Eindruck, dass sie aus der Situation ihren Vorteil ziehen und ein groß angelegtes Verstaatlichungsprogramm im Rohstoffbereich durchführen möchte. Er hofft vielmehr, dass die Oligarchen das tun werden, wozu sie der Stellvertretende Ministerpräsident Igor Setschin aufgefordert hat: Ihre Belastbarkeit, ihren Erfindungsreichtum und ihre Energie unter Beweis zu stellen, um so eine in Bedrängnis geratene Regierung aus der Pflicht zu entlassen, sich mit unternehmerischen Problemen zu befassen.

Übersetzung: Sophie Hellgardt

Über den Autor

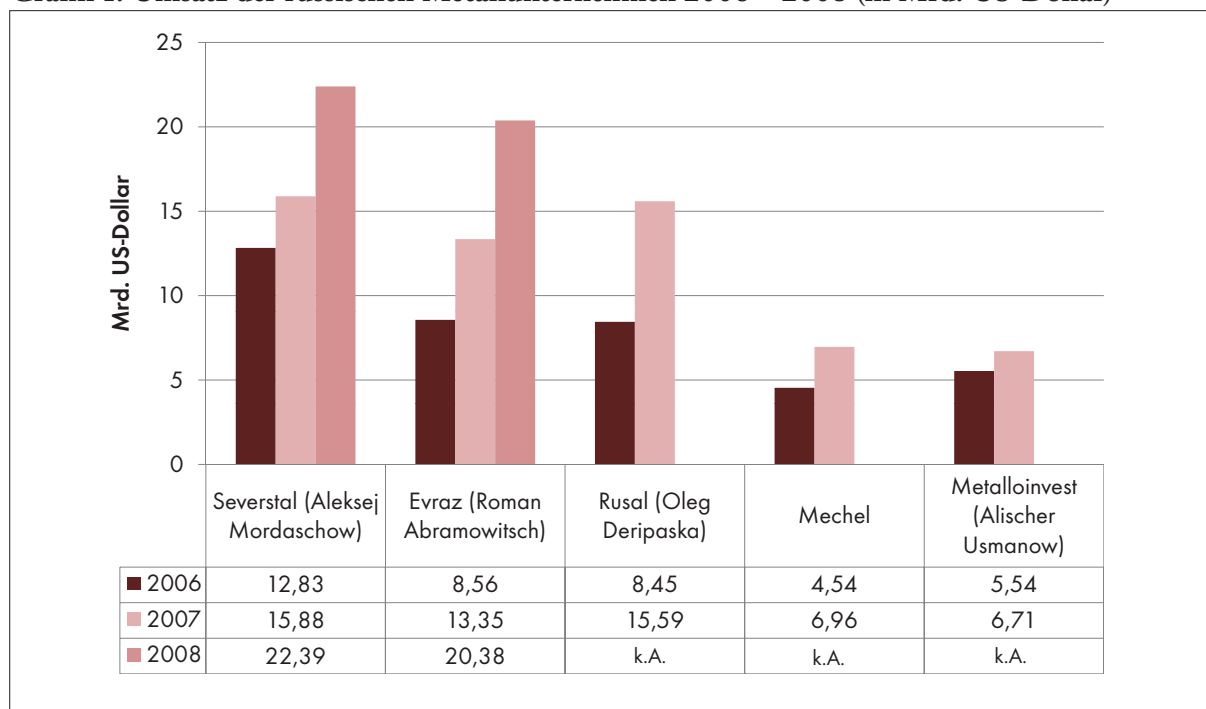
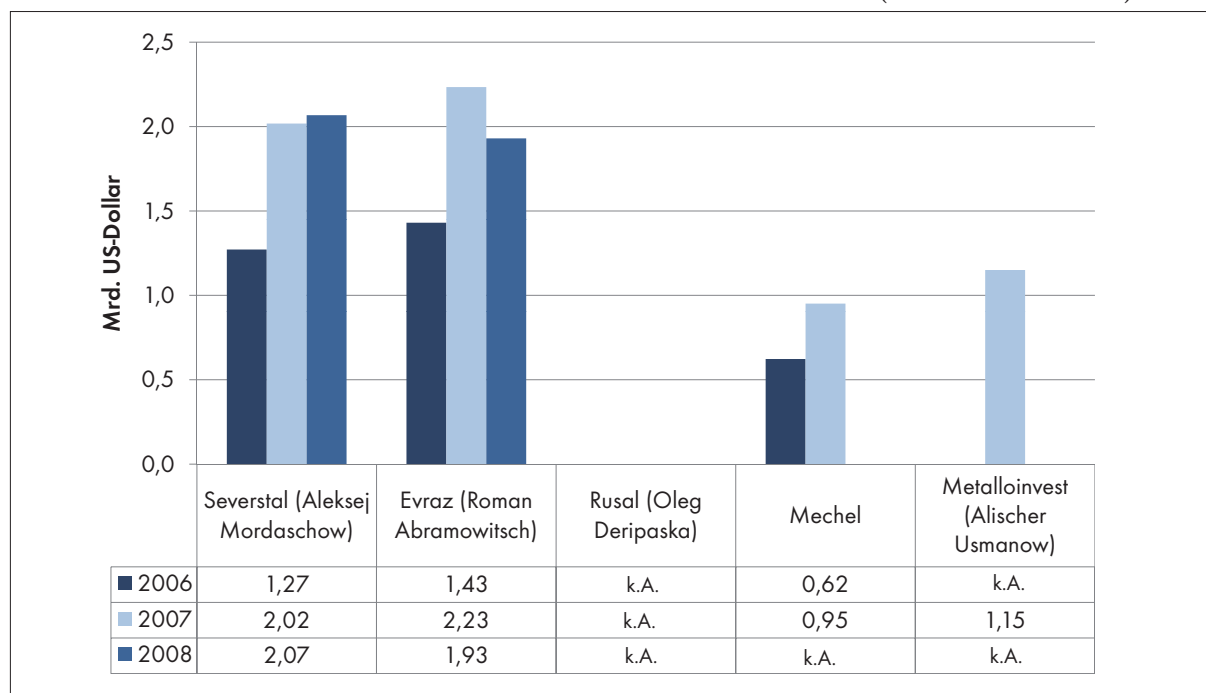
Stephen Fortescue ist Associate Professor an der School of Social Sciences and International Relations, University of New South Wales und Principal Fellow am Contemporary European Research Centre, University of Melbourne.

Lesetipps

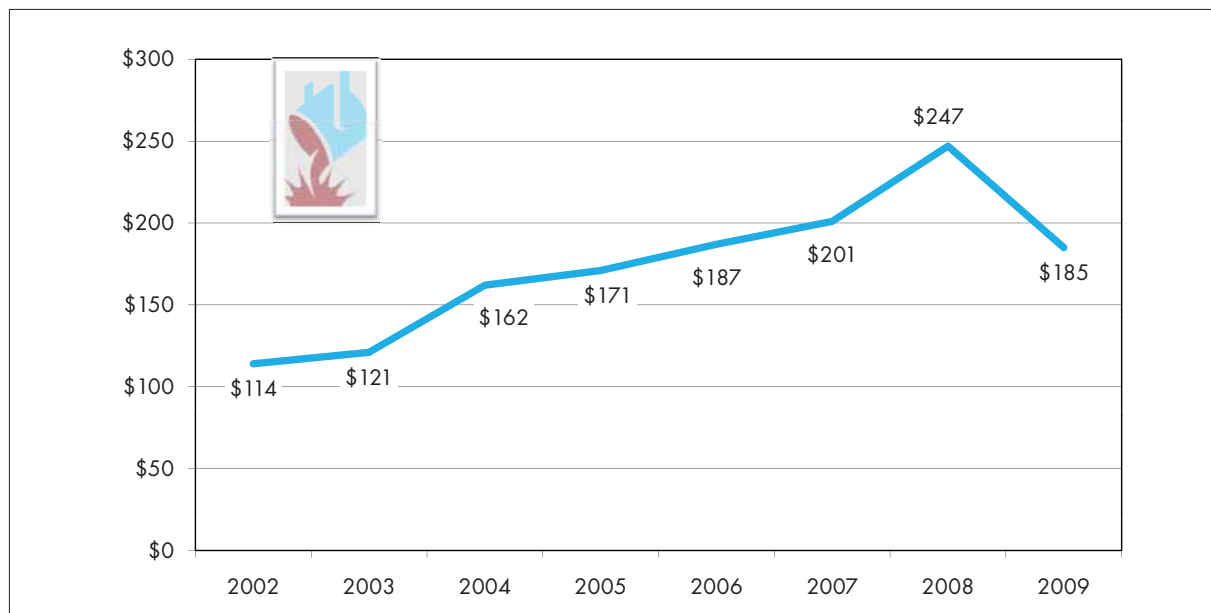
- Stephen Fortescue, *Russia's Oil Barons and Metal Magnates. Oligarchs and the state in transition*, Palgrave, London, 2006. (Erhältlich auf russisch als: *Russkie nefťjanye barony i magnaty metalla. Oligarchi i gosudarstwo w perechodnyj period*, Stoliza-print, Moskau, 2008.)
- Stephen Fortescue, »The Russian steel industry, 1990–2009«, *Eurasian Geography and Economics*, Bd. 50, Nr. 3, May–June 2009, S. 1–23 (im Druck)
- Sergei P. Peregudov, »Konvergenzija po-rossijski: »solotaja sredina« ili ostanowka na polputi« [russisch: »Konvergenz auf russisch: »goldener Mittelweg« oder Halt auf halbem Weg«], *Polis*, Nr.1, 2008, S. 91–108

Statistik

Die wirtschaftliche Entwicklung der russischen Metallunternehmen

Grafik 1: Umsatz der russischen Metallunternehmen 2006 – 2008 (in Mrd. US-Dollar)

Grafik 2: Gewinne der russischen Metallunternehmen 2006 – 2008 (in Mrd. US-Dollar)


Quellen: Zeitschrift *Ekspert*, <http://expert.ru/ratings/>; Jahres- oder Finanz-Reporte: <http://www.evraz.com/> <http://www.severstal.com/>

Grafik 3: Entwicklung des Weltstahlpreises 2002 – 2009 (in US-Dollar/t)


Anmerkung: Wert für 2009: Mittelwert Januar bis März.

Quelle: Preisindikator WPU101 (Iron and Steel), US Bureau of Labor Statistics,

http://data.bls.gov/PDQ/servlet/SurveyOutputServlet?series_id=wpu101&data_tool=XGtable

Zusammengestellt von Vincent Bergner und Daniel Demele.

Dokumentation

Übersicht über die Unternehmensbeteiligungen russischer Oligarchen

Alexej Mordaschow (1965)

Unternehmen	Branche
Hauptaktionär »Severstal«	Metallindustrie
87 % Anteil an »Esmark« (USA)	Metallindustrie
92 % Anteil an »Severstal Columbus« (USA)	Metallindustrie
Einzigter Aktionär »Sparrows Point« (USA)	Metallindustrie
Einzigter Aktionär »WCI Steel« (USA)	Metallindustrie
80 % an »Lucchini« (Italien)	Metallindustrie
Beteiligung bei »Radelli Tecna« (Italien)	Metallindustrie
Einzigter Aktionär »Technologie Buczek« (Tschechien)	Metallindustrie
Beteiligung bei »Carrington Wire« (GB)	Metallindustrie
Beteiligung bei »Celtic Resources« (Irland)	Metallindustrie
95 % »Dneprometis« (Ukraine)	Metallindustrie
Eigentümer »Utikonost«	Energiebranche

Unternehmen	Branche
99 % Anteil an »PBS Coals Corporation« (Kanada)	Kohlebergbau
50 % Anteil an »Swesa« → Kooperation mit Siemens	Holzindustrie
63 % Anteil an »Silowye Maschiny«	Maschinenbau
Eigentümer »Mostrotrest«	Baugewerbe
Fluggesellschaft »Severstal«	Transport
73 % Anteil an »Metkombank«	Bankensektor
Eigentümer »Schekzna«	Versicherungsgewerbe
15 % Anteil an TUI (Deutschland)	Tourismus
19 % Anteil an »Ren TV« und Petersburger Regionalfernsehen »Peterburg«	Medienbranche

Roman Abramowitsch (1966)

Gemeinsam mit A. Abramow Eigentümer von »EVRAS-Millhouse Holding«	
Holding hält 73 % Anteil an »Evraz«	Metallindustrie
Beteiligung bei »Oregon Steel Mills« (USA)	Metallindustrie
Beteiligung bei Claymont Steel (USA)	Metallindustrie
73 % Anteil an Startegic Minerals Corporation (USA)	Metallindustrie
Beteiligung bei »Ipsco Canada«	Metallindustrie
100 % Anteil an »Pallini e Bertoli« (Italien)	Metallindustrie
80,9 % Anteil an »Highland Steel and Vanadium«	Metallindustrie
10 % Anteil an »Delong Holdings« (China)	Metallindustrie
80 % Anteil an »Raspadskaja«	Kohlebergbau
40 % Anteil »Highland Gold Mining«	Goldabbau
Beteiligung bei »Dvoinoe«	Goldabbau
einzigster Aktionär, »Energostroinvest-Holding«	Energiewirtschaft
Beteiligung bei »Dallesprom«	Holzwirtschaft
Beteiligung bei »Prodo«	Fleischproduktion
100 % Anteil an Europäischer Kugellager Kooperation »EPK«	Maschinenbau
Kontrollpaket an »Infrastruktura«	Baugewerbe
Beteiligung »Ferro-Stroy«	Immobilienbranche

Wladimir Potanin (1961)

30 % Anteil an »Norilsk Nickel« (25 % sind noch in Besitz des Staates)	Buntmetallindustrie
35 % Anteil an »Polyus Gold«	Gold
25 % Anteil an »Rusia Petroleum«	Energiewirtschaft
17,4 % Anteil an »Plug Power« (USA)	Energiewirtschaft
31,6 % Anteil an »OPIN«	Immobilien

Unternehmen	Branche
Einziger Aktionär bei »Prof-Media« (vereinigt Fernseh-, Radiostationen sowie Kinos)	Medienbranche
37 % Anteil »Rosbank«	Bankensektor
Oleg Deripaska (1966)	
Eigentümer an »Basovi element (BasEl) - RAInKO« → Beteiligungen in zahlreichen Branchen, u. a.:	
57 % Anteil an »RUSAL«	Metallindustrie
25 % Anteil an »Norilsk Nickel«	Metallindustrie
Beteiligung bei »Krasnojarskaja GES«, Kontrollpaket an Aktien	Energiewirtschaft
47 % Anteil an »Irkutskenergo«	Energiewirtschaft
75 % an »Russneft«	Energiewirtschaft
Beteiligung bei »GAZ«, Kontrollpaket	Automobilbranche
Einziger Aktionär von »Basel-Zement« und »Sastobe-Zement«	Bausektor
Besitz von zahlreichen Flughäfen (z. B. Sotschi) und Fluggesellschaften (z. B. »Kuban«)	Transport
Im Zuge der Finanzkrise Abgabe von Anteilen an »STRABAG« (Österreich), »Hochtief« (Deutschland) und »Magna« (Kanada)	Bau- bzw. Automobilbranche
Alischer Usmanow (1953)	
Mitglied der »IBG« Gruppe bestehend aus A. Usmanow, V. Anisimow, A. Skotsch	
Miteigentümer von »Metalloinvest«	Metallindustrie
5 % Anteil »Norilsk Nickel«, Vetorecht	Buntmetallindustrie
Beteiligung »Nautilus Minerals« (USA)	Buntmetallindustrie
50 % an »Uralmasch«, »ORMETO-JuUMS«	Maschinenbau
Beteiligung bei »Koalko-Agro«	Landwirtschaft
31 % »Megafon«	Telekommunikation
Jeweils 80 % an Fernsehkanälen »7 TV« und »Mus-TV«	Medienbranche
Eigentümer Tageszeitung »Kommersant«	Medienbranche

Quelle: J. Pappé, J. Galuchina: *Rossijskij krupnyj biznes : pervye 15 let ; ekonomitscheskie chroniki 1993 – 2008 gg.*, Moskau (Verlagshaus Higher School of Economics) 2009

Zusammengestellt von Vincent Bergner und Daniel Demele.

Chronik

Vom 23. April bis zum 7. Mai 2009

23.4.2009	Der russische Außenminister Sergej Lawrow trifft zu Gesprächen in Pjöngjang (Nordkorea) ein. Ziel ist, die Sechs-Parteien-Gespräche über das nordkoreanische Nuklearprogramm wieder in Gang zu bringen. Im Rahmen des Besuchs wird u. a. ein Abkommen über Kultur- und Wissenschaftsaustausch unterzeichnet.
23.4.2009	In einem Vorort von Naltschik (Inguschetien) werden zwei Personen, die vermutlich dem Untergrund angehören, bei einem Feuergefecht mit Sicherheitskräften getötet.
24.4.2009	Im Rahmen einer Spezialoperation in Derbent (Dagestan) wird Sakir Nowrusow, einer der Führer der Untergrundbewegung in Süddagestan, von den Sicherheitskräften getötet.
24.4.2009	Präsident Dmitrij Medwedew entlässt General Walentin Korabelnikow, den Leiter des militärischen Nachrichtendienstes GRU, und ersetzt ihn durch Generalleutnant Alexander Schljachturow, bisher Erster Stellvertretender Leiter der GRU.
24.4.2009	In Rom findet die erste Konsultationsrunde für den Entwurf eines neuen START-Abkommens zwischen Russland und den USA statt. Die Teilnehmer bewerten das Treffen positiv.
25.4.2009	Im Laufe des Tages werden bei Attentaten und Feuergefechten in Grosny und anderen Regionen Tschetscheniens drei Angehörige der Sicherheitskräfte verwundet. Ein weiterer wird getötet.
25.4.2009	Beginn des offiziellen Besuchs des chinesischen Verteidigungsministers Generaloberst Liang Guanglie in Russland. U. a. führt er Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Anatolij Serdjukow und besucht Einrichtungen im Militärbezirk Nordkaukasus.
26.4.2009	Bei den Bürgermeisterwahlen in Sotschi setzt sich der Kandidat von »Einiges Russland«, Anatolij Pachomow, mit 76,86 % der Stimmen durch. Boris Nemzow erhält 13,61 %. Im Vorfeld der Wahlen war es zu erheblichen Behinderungen der oppositionellen Kandidaten gekommen.
26.4.2009	Im Zusammenhang mit dem Auftreten eines neuen Grippevirus in Mexiko (»Schweinegrippe«) verbieten die russischen Gesundheitsbehörden den Import von Schweinefleisch aus Mexiko, Texas, Kalifornien und Kansas (USA), sofern das Fleisch nicht hitzebehandelt ist.
26./27.4.2009	In Moskau erschießt ein Major der Miliz (Polizei) einen Autofahrer sowie die Kassiererin und einen Besucher eines Supermarktes. Weitere sechs Personen werden verletzt. Nach einem Feuergefecht mit Polizei wird der Täter festgenommen.
28.4.2009	Präsident Dmitrij Medwedew entlässt den Leiter der Moskauer Hauptverwaltung für Innere Angelegenheiten, Generaloberst Wladimir Pronin. In den Medien wird die Entlassung in Zusammenhang mit dem dreifachen Mord gebracht, den ein Moskauer Milizmajor begangen hat.
28.4.2009	Ministerpräsident Wladimir Putin und sein bulgarischer Amtskollege Sergej Stanischew erörtern in Moskau die Beteiligung des bulgarischen Gaskonzerns Bulgargaz an der Southstream Pipeline. Die Verhandlungen über diese Frage waren ins Stocken geraten.
28.4.2009	In Nasran (Inguschetien) werden bei einem Feuergefecht zwischen Leibwächtern des inguschetischen Präsidenten und Beamten des regionalen Innenministeriums drei Personen getötet, eine wird verletzt. Der Hintergrund des Zwischenfalls ist unklar.
28.4.2009	Der russische U-Bootjäger »Admiral Pantelejew« stoppt vor der somalischen Küste ein verdächtiges Schiff. Bei der Durchsuchung werden automatische Waffen, Enterleitern und Navigationsgerät gefunden. Die 29köpfige Besatzung wird daher von den Russen festgenommen.
29.4.2009	Mit der Unterzeichnung durch Präsident Dmitrij Medwedew tritt ein korrigiertes Parteiengesetz in Kraft, das die Zahl der für eine Partei erforderlichen Mitglieder von 50.000 auf 45.000 herabsetzt und die Mindestmitgliedschaft in einem Wahlkreis von 500 auf 450. Eine Partei muss zudem in mindestens der Hälfte der Wahlkreise eine Organisation haben.
29.4.2009	Präsident Dmitrij Medwedew empfängt den chinesischen Verteidigungsminister Generaloberst Liang Guanglie.
30.4.2009	Das russische Außenministerium verurteilt die Entscheidung des belgischen Außenministeriums, zwei russischen Diplomaten die Akkreditierung zu entziehen. Die NATO wirft den beiden Spionage vor. Einer der beiden ist der Sohn des russischen Vertreters bei der EU, Wladimir Tschishow.

30.4.2009	In Rostow am Don wird Jaroslaw Jaroschenko, der Herausgeber der Zeitung »Korruption und Verbrechen«, von Unbekannten zusammengeschlagen.
30.4.2009	Präsident Dmitrij Medwedew entlässt Oleg Safonow, den Präsidiarbevollmächtigten für den Föderalbezirk Fernost und ernennt Viktor Ischajew zu seinem Nachfolger, der bisher Gouverneur von Chabarowsk war.
30.4.2009	Präsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet ein Abkommen mit Abchasien und Südossetien, das Russland die Verantwortung für die Sicherung der Grenzen dieser beiden Staaten überträgt.
1.5.2009	Russlandweit nehmen 2 Mio. russische Bürger an Maifeierlichkeiten teil, die von den Behörden und den Gewerkschaften organisiert werden. Die Feiern verlaufen ruhig. In St. Petersburg werden ca. 200 Oppositionelle vorübergehend festgenommen.
1.5.2009	In Tschetschenien wird ein Polizist getötet, als eine Autobombe in der Nähe eines Fahrzeugkonvois der Sicherheitskräfte zur Explosion gebracht wird.
3.5.2009	In Grosny stellen Sicherheitskräfte zwei Angehörige der Untergrundbewegung. In dem folgenden Feuergefecht werden die beiden erschossen.
5.5.2009	Die Sitzung des NATO-Russland-Rates auf Ministerienebene wird verschoben. Das russische Außenministerium begründet dies mit der Ausweisung von zwei russischen Diplomaten der russischen NATO-Mission und mit geplanten Manövern in Georgien, an denen auch NATO-Staaten teilnehmen werden.
5.5.2009	Die russische Führung weist Beschuldigungen der georgischen Regierung zurück, sie sei an einer angeblichen Meuterei georgischer Truppen beteiligt und massiere Truppen an der georgischen Grenze.
5.5.2009	Ministerpräsident Wladimir Putin ersetzt in der Leitung der russisch-slowakischen Regierungskommission für Zusammenarbeit bei Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie Igor Setschin durch Energieminister Sergej Schmatko.
5.5.2009	Der polnische Außenminister Radosław Sikorski trifft in Moskau zu Gesprächen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zusammen.
5.5.2009	Russland entzieht zwei kanadischen NATO-Vertretern die Akkreditierung. Isabelle Francois, die Leiterin des NATO-Informationszentrums in Moskau, und einer ihrer Mitarbeiter müssen Moskau verlassen. Damit reagiert die russische Regierung auf die Ausweisung zweier russischer NATO-Vertreter aus Brüssel.
6.5.2009	In Norilsk wird die Gedenkstätte »Norilskaja Golgofa« von Unbekannten geschändet, die das Denkmal für die jüdischen Lagerhäftlinge bemalen und beschädigen.
6.5.2009	Armeegeneral Walentin Warennikow, in der Sowjetunion Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte sowie einer der militärischen Verantwortlichen im Afghanistankrieg und im August 1991 Mitorganisator des Putsches gegen Michail Gorbatschow, stirbt im Alter von 86 Jahren.
6.5.2009	Generalleutnant Walerij Jewtuchowitsch, der Oberbefehlshaber der Luftlandetruppen, wird nach Erreichen der Altersgrenze (55 Jahre) pensioniert.
7.5.2009	Auf dem Territorium Georgiens beginnt die Übung »Cooperative Lancer/Cooperative Longbow-2009«, an der im Rahmen der NATO-Initiative »Partnership for Peace« (PfP) neun NATO-Staaten und vier PfP-Mitglieder teilnehmen.
7.5.2009	Gipfeltreffen der EU-Staaten und der Staaten der »östlichen Dimension« in Prag.

Die Russland-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de